

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für



den Freistaat Sachsen

Gezeigt Werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspunkt: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Ausg. 20 Pf.
Ansprechpartner: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Auskünfte: Die 32 mm breite Grundzelle über deren Raum im Ankündigungsteil 2 M., die 66 mm breite Grundzelle über deren Raum im amtlichen Teile 4 M., unter Eingangs 5 M. — Erhöhung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Biehungsblätter der Verwaltung der Staatschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsbuchhaltung der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Hopfensorten auf den Staatsforschervieren.
Beauftragt mit der Überleitung (und preisgelebten Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 192

Freitag, 19. August

1921

Die neue Polizeistunde.

Berlin, 18. August. Die Besprechungen zwischen Vertretern des Reiches und Preußens über die neue Polizeistunde haben zum Ergebnis geführt, daß der Reichsminister des Innern eine Verordnung umgesetzt folgenden Inhalts herausgeben wird, die Preußen unverändert übernehmen und durchführen wird: Es wird den Ländern jeweils einheitlicher Regelung der Polizeistunde anheimgegeben, sie für Kaffee, Gast-, Speise- und Schankwirtschaften regelmäßig auf 12 Uhr und einmal in der Woche auf 1 Uhr nachts festzusetzen. Für gewisse Bezirke, z. B. Großstädte, später wußt, wo ein nachweisbares Bedürfnis vorliegt, können die Ortspolizeibehörden eine Verlängerung der Polizeistunde bis 1 Uhr auch an den übrigen Tagen in Aussicht nehmen. Die Gesetzgebung des Zeitpunktes des Inkrafttretns dieser Regelung steht noch aus.

Eine Reichskriminalpolizei.

Berlin, 18. August. Unter den neuen Gesetzesvorlagen, die dem Reichstage zugehen werden, befindet sich laut Deutscher Allgemeiner Zeitung auch ein Gesetzentwurf, betreffend die Schaffung einer Reichskriminalpolizei, der eine möglichst rasche Bekämpfung des Überhand nehmenden Verbrecheriums bestrebt.

Die deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen.

Berlin, 18. August. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung erklärt, ist die Blättermeldung über einen Stillstand der deutsch-amerikanischen Friedensverhandlungen ungutheilig. Von den Vereinigten Staaten von Amerika ist eine Ausförderung über die Abgabe eines deutschen Schuldenmisses, die angeblich zum Stillstand der Verhandlungen geführt haben soll, nicht erhoben worden.

Die Abrüstungskonferenz.

Paris, 17. August. Bei dem Besuch, den der amerikanische Botschafter Herold heute nachmittag dem Quai d'Orsay abstattete, überreichte ihm Briand die französische Antwort auf die Einladung zu der am 11. November d. J. in Washington beginnenden Abrüstungskonferenz. Die französische Regierung nahm die Einladung an und teilte mit, daß der Ministerpräsident Frankreich vertreten werde.

Der diplomatische Geist in England.

London, 18. August. In einer Erklärung an Anlaß der letzten Erwahlung sagte Lloyd George: Der politische Horizont des Landes habe sich in den letzten Monaten sehr verändert. Die industrielle Welt Englands sei von verschärflichen Geist erfüllt. Die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dehnen sich. Die Aussichten in der Industrie seien günstiger als seit langer Zeit. Der gesunde Menschenverstand des englischen Volkes werde der Aufruhr zum Aktionsschlampen, Streiks, Auspontungen und Drohung mit direkter Aktion überdrüssig. — Zur Abrüstungsfrage sagte der alte Minister: Wir nahmen mit großer Freude die Einladung der Vereinigten Staaten von Amerika an. Ich hoffe, daß das Ergebnis des Wegs zum Frieden weisen wird, der den pazifischen Ozean zum wirklichen Friedensee macht. Solange die Nationen gegeneinander stossen, wird es Kriege geben. Ich hoffe aber ernstlich, daß ein Übereinkommen erzielt werden wird, um alle Rücksichten innerhalb vernünftiger Grenzen zu halten.

Die griechisch-türkischen Kämpfe.

Athen, 17. August. Nach amtlichen Berichten über die Lage an der kleinasiatischen Front vom 14. d. M. nahmen die griechischen Truppen den Vermarsch wieder auf und nahmen zunächst nach unbedeutendem Widerstand vorgründliche Position des Feindes ungefähr 70 km südlich Gallipoli. Der Vermarsch wurde weiter fortgesetzt und dabei Sint-Hilfer genommen.

Paris, 17. August. Nach einer Erwähnung aus Athen haben die Remalisten die Gefangen 100000 gerettet.

Der Völkerbundsrat.

Zusammentreffen am 25. August.

Paris, 17. August. Wie Havas mitteilt, soll Baron Hülh, nachdem in den letzten Tagen ein lebhafter Meinungs austausch stattgefunden hatte, hauptsächlich infolge der heute zwischen Mitgliedern des Völkerbundrates in Paris abgehaltenen Besprechungen beschlossen haben, die ursprünglich auf den 1. September festgesetzte Sitzung des Völkerbundrates auf einige Tage früher zu versetzen. Der Rat soll in Sess gegen den 25. d. M. zusammentreten. Auf der Tagessitzung wird in erster Linie die Prüfung der oberschlesischen Frage stehen.

Briands Auffassung.

Paris, 17. August. (Havas.) Auf die Bitte eines Pressevertreters, in wenigen Worten seine Auffassung über die Rede Lloyd Georges im englischen Unterhause mitzuteilen, erklärte der Ministerpräsident Briand: Die Rede des englischen Premierministers gleich ganz genau der Rede, die er im Obersten Rate gehalten hatte. Er verteidigt seine Auffassung. Aber es bleibt dabei, daß sie in seiner Weise der französischen Auffassung Abbruch tun kann. Es ist ein großer Irrtum, wenn Lloyd George unsere Haltung einzig und allein unserer Sorge um die Sicherheit zugeschreibt. Eine Meinungsverschiedenheit besteht in der Art und Weise, wie er den Artikel 88 des Friedensvertrages auffaßt, und vor allem in dem Grade, in dem über die Volksabstimmung entschieden worden ist. Die Tagung des Völkerbundes wird unsre Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage belegen. Im Obersten Rate waren wir eigentlich nur in zwei Punkten vollständig einig. Unsere Sachverständigen, vor allen Dingen die juristischen, hatten einstimmig folgende Feststellungen getroffen: 1. Der Friedensvertrag sieht grundsätzlich und tatsächlich eine Teilung Oberschlesiens vor. 2. Für diese Teilung, die nach der Abstimmung der Bevölkerung erfolgen soll, werden die ethnographischen Belange entscheidend sein. Betrachten wir nun einmal die Ergebnisse der Abstimmung unter Berücksichtigung der geographischen Verhältnisse, wie sie im Artikel 88 vorgesehen sind. Wenn man eine Karte von Oberschlesien ansieht und darauf nach der ersten Einigung des Doktor und noch einem kurzen Überblick das Land in zwei Hälften teilt, so sieht man erstens, daß noch den Ergebnissen des Abstimmung der weitaus Teil, der nach Deutschland zu liegt, eine deutsche Mehrheit hat, zweitens aber, daß der östliche Teil nach Polen zu einer polnischen Mehrheit hat. Von der ersten Minute an hatte Frankreich vorgeschlagen, daß die Teilung nach dieser Feststellung erfolgen solle. Es wird eine schwierige Aufgabe sein, zu behaupten, daß zwischen jeder Teilung einen Vertrag gegen den Willen und vor allem gegen den Geist des Friedensvertrages darstelle. Aber man hat und eingewendet, daß der Artikel 88 in erster Linie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse berücksichtigt wissen will und daß es die Pflicht der Verbundesregierungen sei, auch diesen Gesichtspunkt im Auge zu behalten. Es handelt sich dann darum, festzustellen, was man unter dem Titel Industriebezirk verstehen will. Wir vertreten den Standpunkt, daß die Gruben die Grundlage für jede Tätigkeit seien, daß nur sie einen Betrieb entwickeln und fördern können und daß deshalb die wirtschaftlichen Belange, die im Artikel 88 vorgesehen sind, sich auf die ganze Grubengegend erstrecken müssen. Wenn man nun die Stimmen berechnet, die in diesem Teile Oberschlesiens abgegeben worden sind, so kommt man zur Feststellung, daß die Polen dort unstrittig die Mehrheit haben. Man wird zugeben müssen, daß diese Auffassung und Beweisführung durchaus dem Friedensvertrag entspricht und daß Frankreich diesen Standpunkt vertreten konnte, ohne irgendwie gegen den Geist der Gerechtigkeit zu verstossen. Briand erläuterte dann nochmals eingehend den französischen und englischen Standpunkt in der oberschlesischen Frage, sowie den Gang der Verhandlungen, um eine Vereinbarung zwischen beiden zu erzielen, was sich aber als unmöglich erwiesen habe und schloß: Die oberschlesische Frage hat eine vorübergehende Streitigkeit hervorgerufen. Wenn diese aber einmal ge-

regelt ist, und das wird nicht lange dauern, wollen wir hoffen, daß trotzdem für die Völker der Verbündeten die Notwendigkeit besteht,

bleibt, ihre engste Einigkeit zu wahren, um Europa das Gleichgewicht und die Stabilität zu sichern, das für den Frieden der Welt unentbehrlich ist.

Die Überbrückung der nationalen Gegensätze in Oberschlesien.

Kattowitz, 17. August. Im Verlauf einer Vorbesprechung, die am 12. d. M. auf Anregung des obersten polnischen Vollsates zwischen Deutschen und Polen erfolgte, fand gestern in Kattowitz eine Versammlung der Führer aller deutschen und polnischen Gewerkschaften und Parteien statt. Nach eingehender Besprechung wurde beschlossen, getrennte Aufrufe gleichzeitig in deutschen und polnischen Zeitungen an die oberschlesische Bevölkerung zu erlassen. Diese Aufrufe sollen die Notwendigkeit einer Überbrückung der nationalen Gegensätze betonen, sich gegen jede gewaltsame Lösung der oberschlesischen Frage, sowie gegen Gewalttätigkeiten und Drangsalen jeder Art wenden und die Bildung paritätischer Ausschüsse anstreben, die dafür sorgen sollen, daß Ordnung und Sicherheit wieder hergestellt werden. Die Bildung dieser paritätischen Ausschüsse hat begonnen.

Die Interparlamentarische Konferenz.

Stockholm, 18. August. Die Verhandlungen der Interparlamentarischen Konferenz wurden heute vormittag im Reichstaggebäude in Anwesenheit des Ministerpräsidenten und des Ministers des Außen eröffnet. Abordnungen waren erschienen aus den Vereinigten Staaten von Amerika, Japan, Deutschland, Österreich, Dänemark, Großbritannien, Finnland, Italien, Norwegen, Holland, der Schweiz und Schweden. Zu Beginn der Konferenz forderte der Vorsitzende des Interparlamentarischen Rates, Lord Wardale aus England, im Namen des Rates Zeichn. v. Adelswärd aus Schweden auf, als Präsidenten bei den Verhandlungen der 19. Interparlamentarischen Konferenz zu wirken. Erst. v. Adelswärd hielt darauf eine Ansprache, in der er nach Begrüßung der Teilnehmer zunächst davon erinnerte, wie die Konferenz im Jahre 1914 hätte stattfinden sollen, im letzten Augenblick aber nicht eröffnet wurde. Erst. v. Adelswärd wiedertat daran hin, wie der Völkerbund ohne die Mitwirkung der Interparlamentarischen Union zustandegekommen sei, aber die Union dürfe sich nicht denen anschließen, die nur die Mängel des Völkerbundes erkannt haben, wenn er auch zugebe, daß der Völkerbund unvollkommen sei. Der Redner betonte darauf, daß die Rechte der Nationen und der Völker eine genau festgestellte Grundlage haben müssen. Im Namen der schwedischen Regierung begrüßte Ministerpräsident v. Sydow die Konferenzteilnehmer und gab einen Überblick über die schwedische auswärtige Politik während des Weltkrieges. Erwähnt wurde für jede an der Konferenz teilnehmende Gruppe ein Vizepräsident gewählt, für Deutschland Prof. Schäffer, für Österreich Dr. Matay, für Holland Senator van Kol und für die Schweiz Dr. Usteri. Nachdem van Kol den Tätigkeitsbericht des Interparlamentarischen Rates vorgelesen hatte, schlug Gladys - Amerika vor, daß die Südamerikanischen Parlamentarier eingeladen werden sollten, eine Gruppe in der Union zu bilden. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen. Lord Wardale - England hielt hierauf eine Rede über die Interparlamentarische Union und den Völkerbund. Auch dieser Redner betonte die Unvollkommenheit des Völkerbundes in der gegenwärtigen Gestalt. Der Völkerbund würde erst dann die Wünsche des Interparlamentarier verwirklichen, wenn diejenigen Nationen sich ihm anschließen, die jetzt noch zögern. Wardale wandte sich dann an die amerikanische Abordnung und betonte, daß man ihre Vorschläge mit der größten Sympathie und Aufmerksamkeit berücksichtigen werde. Zum Schluß erklärte der Redner, daß es seiner Ansicht nach nicht mehr möglich sei, Deutschland aus dem Völkerbund auszusperren, und riefte eine gemeinsame Appel an die Amerikaner, sich nicht der Zusammenarbeit bei der Schaffung einer universellen Organisation des Friedens zu entziehen.

Gebt für das Ober-schlesierhilfswerk!

Kirchensteuern.

Eine Erwideration
von Ministerialdirektor Dr. Heidrich.

In Nr. 336 des „Dresdner Anzeiger“ vom 20. Juli 1921 veröffentlicht Dr. Guba in Dresden einen Aufruf über Kirchensteuern, der mit in zwei wesentlichen Punkten Anlaß zur Entgegnung gibt.

Zunächst zieht Dr. Guba schärfer gegen das Gesetz über das Steuerrecht der öffentlich-rechtlichen Religionsgemeinschaften vom 1. Juli 1921 zu Felde, weil darin die Religionsgemeinschaften und ihre Unterverbände, die Kirchengemeinden, auf die Erhebung einer einzigen Steuerart, und zwar von Zuschüssen zur Reichskommunalsteuer von ihren Mitgliedern beschränkt werden. Er spricht darin von einer „Vergewaltigung der Kirche“, ferner davon, daß „die sozialdemokratische Regierung und die sozialdemokratischen Parteien die Weimarer Verfassung nicht dem Geiste, sondern dem nicht einmal eindeutigen Buchstaben nach ausgelegt hätten, und es ein Unding sei, wenn der Staat die Gemeinschaft mit der Kirche aufhebe und gleichzeitig ihr Gewalthaber bleibe, indem er ihr die finanziellen Grundlagen gleichzeitig entziehe, da alsdann die Kirche schlechter dastehe, als jeder privatrechtliche Verein, dem es wenigstens unbenommen sei, seine Erzeugungsmittel aufzubringen, wie es ihm und seinen Mitgliedern beliebe.“ Man mög über das erlaubte Rechtsgesetz denken wie man will und die Entwicklung, welche die ganze Frage genommen hat, im Interesse der Kirche und ihrer finanziellen Selbständigkeit noch so sehr bedeuten — die hier wiedergegebenen Ausführungen Dr. Gubas wollen mir doch nicht allenfalls zu treten erscheinen.

Zunächst handelt es sich bei der Kirche um eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und bei den von ihr erhobenen Steuern um öffentliche Abgaben, die mit den Beiträgen von privaten Personen schon um derselben nicht auf eine Stufe gestellt werden können, weil der Staat zu ihrer Erhebung und Beitreibung seine Organe und Mittelmittel zur Verfügung stellt. Hierzu abgesehen aber, läßt die Erhebungsgleichheit sowohl des Artikels 137 Abs. 6 der Reichsverfassung als auch des § 15 des Landessteuergesetzes keinen Zweifel darüber, daß die Landesgesetzgebung nach ihrem Ernehmen zu bestimmen hat, welche Kirchensteuern zu erheben sind und ob die Kirche Steuern nur ihren Mitgliedern oder auch Gesellschaften aufzulegen berechtigt ist. Denn Artikel 137 Abs. 6 der Reichsverfassung, wonach Kirchensteuern nach Mäßigung der landesgesetzlichen Vorschriften zu erheben sind, konnte und sollte durch die Vorschrift in § 15 des Landessteuergesetzes nicht außer Kraft gesetzt werden. Wenn auch der § 15 des Landessteuergesetzes gewiß in seiner Fassung zu wünschen übrigläßt, so ist doch zu betonen, daß er in der ursprünglichen Gesetzesvorlage überhaupt nicht vorhanden gewesen, vielmehr erst nachträglich eingefügt worden ist, und weiter, daß bei seiner Verfaßung der Vertreter der Regierung ausdrücklich, ohne Widerspruch zu finden, erklärt hat, die Regelung der Kirchensteuerfrage bleibe noch wie vor Landes 8 jährig. Der § 15 des Landesgesetzes kann im Zusammenhang mit Artikel 137 Abs. 6 der Reichsverfassung nur dahin ausgelegt werden, daß die Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts berechtigt sind, Zuschläge zu den Reichssteuern, die an die Stelle der bisherigen Landes- und Gemeindesteuern getreten sind, nach Mäßigung der landesrechtlichen Vorschriften zu erheben. Es hat damit eben nur ausgedrochen werden sollen, daß der Erhebung von Zuschüssen zu den dort erwähnten Reichssteuern, d. h. zu den an das Reich abgetretenen Landessteuern, vom reichsrechtlichen Standpunkt aus nichts entgegensteht, daß darüber hinaus die Landesgesetzgebung aber auch Zuschläge

zu anderen Steuerarten (z. B. zur Grundsteuer) gehalten lang. Eine der Landessteuergesetzgebung voraussetzen, gab die ursprüngliche Fassung der Reichsrat nach dem Antrage Nr. 237 den Religionsgesetzgebern das Recht des Aufschlags zu den Wehrsteuern nur insofern, als sie schon bisher Steuer oder Umlagen nach dem Maßstabe der durch Reichsteuer erlegten Steuern der Länder und Gemeinden erheben durften. In dieser Begrenzung sollten die Religionsgesetzgeber den Aufschlag allerdings ohne "beständige nochmäßige" Erhöhung durch die Landessteuergesetzgebung erheben dürfen, wenn diese von dem Rechte der anderweitigen Regelung keinen Gebrauch machen sollte. (Bericht des 10. Ausschusses, Drucksachen der Nationalversammlung Nr. 2188 S. 18 zu § 14a Abs. 3 Satz 2). In dieser Abseitung ist hinsichtlich der Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, die keinerlei das Aufschlagsrecht hatten, durch die von der Nationalversammlung angenommene Fassung des § 16 des Landesgesetzes nichts geändert worden. Wenn also die Landessteuergesetzgebung nicht eingreift, so würden die Religionsgesellschaften insofern, als sie schon bisher Steuer oder Umlagen nach dem Maßstabe der durch Reichsteuer erlegten Steuern der Länder und Gemeinden erheben durften, die Aufschläge ohne weiteres erheben dürfen. Im Übrigen aber steht es der Landessteuergesetzgebung völlig frei, eben sowohl solchen Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts, denen das Recht des Aufschlags zu den erlegten Steuern und Gemeindesteuern bisher verschlossen war, die Erhebung von Aufschlägen zu den Reichsteuern zu gestatten (Stenogr. Ber. des Reichstags 150. Sitzung S. 4738 B), als Aufschläge zu gewissen Steuerarten auch den Religionsgesellschaften, die jahrs bisher erheben durften, zu verjagen oder die Kirchensteuerung auf die Mitglieder der Kirche unter Ausübung der Heranführung der Gesellschaften zu beschränken.

Ist hierauf der Landeskirche reichsgleich keine Steuerart zugestellt, sondern der Landessteuergesetzgebung das Recht zugeschlagen worden, die Kirchensteuergrundlage aufzustellen, soweit nicht Reichsrechte entgegenstehen, so kann von einer "Bewegungslage der Kirche", von einer kritischen Auslegung der Weimarer Verfassung oder von der Annahme eines dem Staat gegenüber der Kirche nicht zulässigen Gewalt nicht die Rede sein. Im Übrigen wird, wenn in Zukunft die Finanzkraft der Kirche im wesentlichen auf der Reichskommunalesteuer aufgebaut sein wird und die vermögenden Kreise der Bevölkerung den Hauptteil der vermehrten Kirchensteuerlasten auf sich zu nehmen haben werden, die Verteilung dieser Kosten in Gestalt der Kirchensteuer zweifellos eine wesentlich sozialere und gerechtere werden als bisher. Ob der der Kirche nachgelassene Aufschlag in Höhe von 10 Proz. ausnahmsweise von 15 Proz. zur Reichskommunalesteuer austreten wird, die Bedürfnisse der Kirche zu decken, muß die Zukunft lehren; ein völlig klares Bild wird sich erst dann gewinnen lassen, wenn die endgültige Veranlagung zur Reichskommunalesteuer abgeschlossen sein wird.

Auf einem anderen Blatte steht selbstverständlich die hier nicht zu beantwortende Frage, ob die Verteilung der Kirchensteuerlasten auf direkte Schultern durch Gestaltung von Aufschlägen zur Körperschaftssteuer, Grundsteuer und Grundwertheuer gerechter und für die Kirche vornehmlicher gewesen wäre.

In Zusammenhang mit der Beantwortung dieser Frage sucht Dr. Guba, indem er darauf hinweist, daß sogenannte Arbeitergemeinden, in denen die Industrieunternehmer der Kirche häufig

leinen Pfennig, die weniger zahlungsfrüchten Abzinsung aber alle Kirchengemeinden zu tragen haben werden, lediglich mit einem Reichseinkommensteuerabzug von 15 Proz. nicht auskommen dürften, nach Mitteln und Wege, um der Verhinderung der Kirchengemeinden in ihrer Existenz zu begegnen. Er lehnt die Bildung eines Aufschlags „als halbe Arbeit“ ab und schlägt als völlig neuen Weg den der einheitlichen Besteuerung sämtlicher Kirchengemeinden des Landes vor. So sollen also nach einem gleichen Taxe die Aufschläge von sämtlichen Mitgliedern der Landeskirche in Stadt und Land erhoben werden, in eine Kasse sollen alle Steuerzahler liegen, und von einer Kasse aus soll der notwendige Bedarf der einzelnen Kirchengemeinden ebenfalls beglichen werden. Zur Begründung seines Vorschlags verweist Dr. Guba auf die Zwangslage, in der sich die Kirche bei dem Wingen um ihre Existenz befindet, auf die Länder und politischen Gemeinden, die ebenfalls der Not gründend, auf ihre finanzielle Selbstständigkeit zugunsten des Reichs hätten verzichten müssen, auf die römisch-katholischen Glaubensgenossen, die schon jetzt (in den Erblanden) gleichmäßig besteuert werden, aber in Zukunft (in der Oberlausitz) gleichmäßig besteuert werden sollen, und auf die Verhältnisse in Dresden und Leipzig, wo ein gewisser steuerlicher Ausgleich zwischen reichen und armen Gemeinden geschaffen sei bez. sämtliche Kirchengemeinden (mit einer Ausnahme) zu einem Verband zusammengeschlossen werden sollen, der einheitliche Steuern erhält. Freilich versteht sich der Verfasser dieses Vorschlags nicht die Schwierigkeiten, die seiner Durchführung bei vielen Kirchengemeinden aus dem Grunde begegnen werden, weil damit die Eintrübe eines wesentlichen Teiles ihrer finanziellen Selbstständigkeit verbunden sei, und das ist in der Tat das Hochbedenkliche des ganzen Vorschlags. Dr. Guba läßt bei seinem Vorschlag offen, ob er in die zu schaffende Zentralsteuer nur die Kirchensteuer oder auch ihre Einnahmen aus dem geistlichen Leben und alle Stellenbezüge liegen lassen will. Ich möchte man auf letzteres schließen, da aus der Entlastung des "notwendigen Bedarfs der einzelnen Kirchengemeinden" nach seinem Vorschlag bestritten werden soll. Wie dem auch sei, die Erhebung eines auf Grund der Berechnung des gesamten Kirchenbedarfs für alle Kirchengemeinden von der Zentralbehörde jährlich schwankenden einheitlichen Prozentages von Kirchensteuern würde zwar für die Steuerbehörden, die Finanzämter, bequem und einfach sein, die einzelnen Gemeinden aber in eine völlige Abhängigkeit von der kirchlichen Zentralbehörde bringen und in der Tat den Tod der finanziellen Selbstständigkeit der einzelnen Gemeinden bedeuten. Dafür ein steuerlicher Ausgleich unter den sämtlichen Kirchengemeinden zu dem Zwecke geschaffen werden muss, um die Schwierigkeiten in der Höhe der in den einzelnen Gemeinden zu erhebenden Steuern zunächst zu verringern, wird von niemandem bezweifelt werden. Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es aber nicht des von Dr. Guba vorgeschlagenen Weges der radikalen Aufhebung der finanziellen Selbstständigkeit der Kirchengemeinde. Zu dem annahmend gleichen Ziel würde man gelangen, wenn man in allen Kirchengemeinden zugleich mit der Reichskommunalesteuer einen an die Landeskommunalesteuer abzuhörenden Teil der Steuer mit erheben ließe, fügt von dem Gesamtinkommen in der Kirchengemeinde ein bestimmter Prozentsatz an die Kirche abzuführen wäre. Dabei bliebe die Selbstständigkeit der Kirchengemeinden gewahrt, und

die Erhebung der Steuer würde für die Kirche am besten möglichst einfach gestaltet werden, zumal dann, wenn, was besonders zu wünschen wäre, die Kirchengemeinden eines Ortes, wie in Leipzig, sich zu einem Verband zusammenführen und über den Prozentsatz der zu erhebenden Steuer sich einigen würden. Ob außerdem oder hoffentlich eine Zentralbesoldungslösung nach der Art der seinerzeit vorgeschlagenen Warterbesoldungslösung und eine Zentralverwaltungslösung für die geistlichen Brüder zu schaffen sein werden, kann freilich die auf einem anderen Blatte stehen. Obster Grundschule bei der Einschreibung ob dieser Fragen wird jedenfalls bleiben müssen: zunächst Wahrung und möglichste Sicherung der Selbstständigkeit der einzelnen Kirchengemeinden!

Die Erhebung der Steuer würde für die Kirche am besten möglichst einfach gestaltet werden, zumal dann, wenn, was besonders zu wünschen wäre, die Kirchengemeinden eines Ortes, wie in Leipzig, sich zu einem Verband zusammenführen und über den Prozentsatz der zu erhebenden Steuer sich einigen würden. Ob außerdem oder hoffentlich eine Zentralbesoldungslösung nach der Art der seinerzeit vorgeschlagenen Warterbesoldungslösung und eine Zentralverwaltungslösung für die geistlichen Brüder zu schaffen sein werden, kann freilich die auf einem anderen Blatte stehen. Obster Grundschule bei der Einschreibung ob dieser Fragen wird jedenfalls bleiben müssen: zunächst Wahrung und möglichste Sicherung der Selbstständigkeit der einzelnen Kirchengemeinden!

Reichskanzler Dr. Wirth über Oberschlesien.

Berlin, 17. August. Der Reichskanzler empfing einen Vertreter der "Böllerschen Zeitung" und machte ihm zur oberschlesischen Frage folgende Mitteilungen: Sie fragen mich, welchen Standpunkt die Reichsregierung zur neuen Wendung in der oberschlesischen Frage eintnimmt. Ich will zunächst eine tatsächliche Befreiung machen. Aus dem vom französischen Ministerpräsidenten unserem Geschäftsrat in Paris überreichten Schreiben haben wir lediglich erfahren, daß der Oberste Rat die Grenzfestsetzung in Oberschlesien verträgt hat. Über die Erfragung des Volksratsrates hat man und eine Mitteilung nicht gemacht, sobald ich mir in diesem Punkte Jurisdiktion aufstellen muß, die ich Klarheit über verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragen ergeben hat, die aus der Herbeziehung einer neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden oder gutachterlichen Instanz erwachsen können.

Möglichst dogmatisch kann ich mich über die oberschlesische Frage an sich und über die Siedlung der Reichsregierung dazu auch in dieser neuesten Phase äußern. Die oberschlesische Bevölkerung und das ganze deutsche Volk haben die Entscheidung in Oberschlesien vertragt hat. Über die Erfragung des Volksratsrates hat man und eine Mitteilung nicht gemacht, sobald ich mir in diesem Punkte Jurisdiktion aufstellen muß, die ich Klarheit über verschiedene rechtliche und tatsächliche Fragen ergeben hat, die aus der Herbeziehung einer neuen, wenn auch vielleicht nur beratenden oder gutachterlichen Instanz erwachsen können.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

Die oberschlesische Frage, die seit über anderthalb Jahren eine arbeitsame Bevölkerung in Verwirrung und die ganze Welt in Atem hält, bleibt vorläufig eine schwere Bedrohung des Weltfriedens.

In dem Schreiben, in dem der Oberste Rat die Vertragung der Entscheidung mitteilt,

wird versichert, daß der Ausschuß möglichst kurz sein werde.

Ich erkläre darin ein stilles Ein-

verständnis, daß man sich an Oberschlesien aufschwärze verständigt, wenn man es noch lange in dieser schwierigen Bevölkerung an die Guteilung Oberschlesiens an das Deutsche Reich zu überlassen hat.

Es handelt sich bei der Entscheidung über Oberschlesien nicht darum, in der Verfolgung imaginärer Interessen im Osten Deutschlands einen Militärstaat entstehen zu lassen, der in eiter Zeit der Bedrohung Deutschlands dienen soll. Eine derartige Maxime wäre gefährlich und für den europäischen Frieden verhängnisvoll.

Leider ist die Entscheidung ernst verlaufen.

deutsche Regierung das angekündigte Treffen zu richten, alle diejenigen Maßnahmen zu treffen, die zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Oberschlesien dienlich sind. Die Versprechungen des Reichskanzlers mit den Parteiführern über die schwierigen innen- und außenpolitischen Fragen werden den Blättern zufolge heute nachmittag fortgesetzt. Auch eine Kabinettssitzung wird vorläufig im Laufe des Nachmittags stattfinden.

Italienische Truppen für Oberschlesien.

Rom, 17. August. Der Minister hat beslossen, zwei Batallone als Sicherung der italienischen Truppen nach Oberschlesien zu entsenden.

Beruhigung der Bevölkerung auf Helgoland.

Frankfurt, 18. August. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet: Nach Mitteilungen aus Helgoland soll es dort am vergangenen Montag zu Zusammenstößen und schließlich zu Zusammenstößen mit der Schutzpolizei gekommen sein. Diese Nachrichten sind überzuden. Der Vorgang soll, wie von amtlicher Stelle mitgeteilt wird, auf die seit einiger Zeit auf Helgoland betriebene Propaganda zur Errichtung der Steuerbefreiung für die Inselbewohner zurückzuführen sein. Auf die Nachfrage, daß die Anlegensetzung der Helgoländer Steuerbefreiung an den Reichstag überwiesen worden sei, hatte eine große Anzahl Steuerpflichtiger abgelehnt, die Abgabe einer Steuererklärung zu verzögern. Wegen dieser Auffassung wandte sich der Helgoländer Regierungskommissar an die Regierung und erhielt die Auskunft, daß der Reichstag mit der helgoländischen Steuerangelegenheit nicht befugt werden würde. Dienen Beleidigung ließ er auf Helgoland öffentlich anschlagen, wobei er gleichzeitig hinzufügte, daß die Steuerpflichtigen, die sich weigerten, eine Steuererklärung anzufertigen, die Folgen ihrer Handlungswille auf sich nehmen müßten. Diese Erklärung der Regierungskommissars gab Anlaß zu einer Bewunderung unter den Helgoländern. Mit Hilfe einer kleinen Abteilung Schutzpolizei konnten die Demonstranten zum Rückenmachen gebracht werden. Zu weiteren Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Kommunistische Unruhen in Straßburg.

Paris, 18. August. Wie das „Echo de Paris“ aus Straßburg meldet, sind dort gestern eine von Kommunisten einberufene antimilitärische Versammlung statt, um gegen das Eingreifen der bewaffneten Macht in den Streit Einspruch zu erheben, der zwischen Arbeitern und Arbeitnehmern in der Metallindustrie besteht. Es wurden aufsteigende Reden gehalten und schließlich die Internationale in deutscher Sprache angestimmt. Die Polizei mußte einschreiten und schließlich eine Schwadron Husaren hinzugehen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen.

Die Abschließung Bayerns in der Getreidewirtschaft.

München, 17. August. Bei der Meldung, daß das Reichsernährungsministerium auf das Erfordernis der bayerischen Regierung um Anwendung des § 42 der Reichsgesetzordnung dem Reichsernährungsminister eingeräumte Befugnisse einen ablehnenden Bescheid erteilt habe, wird von amtlicher bayrischer Stelle erklärt: Es ist richtig, daß eine Antwort der Reichsregierung in diesem Sinne ergangen ist. Die Verhandlungen sind

aber noch nicht abgeschlossen, da auf Grund des Ministerialbeschlusses vom 15. d. R. der Vertreter des bayrischen Landwirtschaftsministeriums mit den zuständigen Reichsstellen in Berlin auf neue Verhandlungen eingestimmt ist. Erst von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob die Reichsregierung ihre bisherige Sollstellung ändert, oder ob die bayrische Regierung genötigt ist, vom Gesetz aus Maßnahmen zu treten.

745 665 Tonnen. Der Ministrerrat hat beschlossen, daß in Zukunft der Staat allein das ausschließliche Recht der Ausfuhr von Weizen und Roggen habe. Die Ausfuhr der übrigen Getreidesorten wird freigegeben unter der Bedingung, daß jeder Exporteur dem Staat die gleiche Menge, die er ausführt, zum Höchstpreise zur Verfestigung stellt. Die Ausfuhrzölle auf Getreide werden aufgehoben.

Lloyd Georges Rede im englischen Unterhause.

London, 17. August. Bei seinen gestrigen Ausschusssitzungen im Unterhause über die russische Hungersnot hob Lloyd George nachdrücklich hervor,

dass niemand auf der Pariser Konferenz, ob er für oder gegen die Bolschewisten war, ein politisches Element in die Verhandlungen hineinbringen oder die Hungersnot zu politischen Zwecken ausnutzen wolle. Es könnte nichts ohne die vollständige Zusammenarbeit mit der Moskauer Regierung in den Hungergebieten unternommen werden. Es müsse die vollständige Gewalt bestehen, daß alle Hilfe der in Not befindlichen Bevölkerung zugute kommt. Die Leute, die das Hilfswerk organisierten, mühten selbst die Rüstung darüber hinaus. Das Hilfswerk könnte nur einen Erfolg haben, wenn die in den nicht heimgesuchten Gebieten wohnenden russischen Bauern veranlaßt werden könnten, ihre Betriebsvorräte gegen Lieferungen abzugeben, die vom Außenlande läden. Diese ausländischen Lieferungen könnten aber nur erfolgen, wenn die Sowjetregierung ihre Verpflichtungen bezüglich der bereits an Russland geschuldeten Lieferungen anerkennt. Im Frankreich gebe es Hunderttausende von Menschen, die ihren letzten Penny hergaben, um Russland in früheren Jahren zu helfen. In England befinden sich zahlreiche Personen, die ihre Waren nach Russland senden und ihr Kapital dort anlegen. Wenn sich die Sowjetregierung Vertrauen schaffen sollte, das allein die Handelswelt dazu bewegen könnte, im heutigen Augenblick einzutreten, dann müsse sie erkennen, daß sie ihre Verpflichtungen anerkennt.

Lloyd George fuhr fort: Die Sowjetregierung gebe zu, daß man den russischen Bauer dazu bewegen müsse, sein Getreide abzugeben, und daß der einzige Weg dazu die Beschaffung von Waren für die Bauern sei. Für die Beschaffung von Waren aber gebe es nur einen Weg, nämlich das Vertrauen der Handelswelt wieder zu gewinnen. Lloyd George schilderte sodann die Art, die der Krieg in allen Ländern hervorgerufen habe, und erklärte unter Beifall, die Washingtoner Abmachungsländer könne nicht eine Stunde zu früh. Jedoch auch sie werde nicht genügen, wenn nicht eine dauernde Wachsamkeit der verbündeten Nationen in der Welt bestünde, welche die Gewalt sofort beseitigt, daß Ereignis und Sabotage niemals wieder die Welt in diesen Sumpf des Elends stürzen. (Beifall.)

Asquith bezeichnete die Rede Lloyd Georges als die bestredigendste Erklärung über die internationale Lage seit dem Waffenstillstand. Er begrüßte die bevorstehende Ausarbeitung der Deutschen Land aufgestellten wirtschaftlichen Sanctionen und sagte, er hoffe, daß die Aufhebung der militärischen Belastung bald folgen werde. Im östlich-griechischen Streit mühten die Verbündeten strengste Neutralität beizubringen. Asquith fragte bezüglich der österrömerischen Frage, ob nach Ansicht Lloyd Georges die Deutschen und die Polen Gelegenheit erhalten würden, ihren Fall zu unterbreiten. Lloyd George nickte zustimmend. Auf die Frage, ob die Deutschen in dieser Hinsicht in genau dieselbe Lage versetzt werden würden wie

London, 17. August. (Reuter.) Im Simmern-Parlament erklärte de Valera: Wir können die englischen Bedingungen nicht annehmen und wollen sie nicht annehmen. Irland wird nicht das Statut eines britischen Dominions angeboten. Die Iren bestreiten, mit aller Kraft Widerstand zu leisten und sind bereit, den unverträglichen Ansprüchen Württemberg entgegenzuwirken.

Freilassung aller eingefangenen Tschechoslowaken in Russland.

Prag, 17. August. (Tschechoslowakisches Pressebüro.) Der russische Kommissar für Außenangelegenheiten hat den Delegierten der tschechoslowakischen Republik mitgeteilt, daß alle eingefangenen tschechoslowakischen Staatsangehörigen freigelassen werden würden.

Der Ministerwechsel in Spanien.

Madrid, 17. August. Montes Jovellar ist zum Staatssekretär des Innern, Regente zum Staatssekretär des Ministerpräsidenten ernannt worden. Zum Gouverneur von Madrid wurde Marquis de la Fontana ernannt.

Prof. Dr. M. Seiffert-Berlin (Cembalo), Universitätsmusikdirektor Böllmann-Jena (Orgel), ferner das Ritter-Schultheiss-Konservatorium und Mitglieder der Staatstheaterkapelle Rudolstadt und Mitglieder der Staatstheaterkapelle Weimar.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat die norwegische Zeitung „Idens Tegn“ mit dem Berliner Jurist C. Lorenz A.-G. einen Bertrag über Führung von Musik durch drahtlose Telegraphie abgeschlossen. Auf dem Dach des norwegischen Verlagshauses wird eine drahtlose Empfangsanlage eingerichtet, deren Leistungen zu der Spezialisierung des Hauses gehören, wo ein Auditorium für das Publikum eingerichtet werden wird.

Theater und Film. Im Salzburg beginnen am Montag die Aufführungen von Hoffmannsches Museum „Jedermann“ trotz regnerischen Wetters auf dem Domplatz. Wie im Vorjahr über die Reinhardtsche Inszenierungskunst und die unberührte Darstellung von Wolff, Werner Krauss, Hedwig Bleibtreu, Helene Thimig und Johanna Termer größte Wirkung. Insbesondere Krauss als Tod und Wolff als Jedermann erschütterten mit ihrer Stimmgewalt. Leider erwiderten zum Schlus in diesem Jahre nicht wieder die Gläser.

* Das Städtische Kunstmuseum, Klosterstraße 34, ist wegen der Hauptreinigung vom 19. August bis mit 16. September geschlossen.

† Nach langem Leiden ist am vergangenen Sonntag hier der Rechtler Prof. Jean Paue, ein früherer langjähriger Rechtler für archäologische Details, Kunstmuseum und Entwerfen an der Städtischen Akademie für Kunstgewerbe zu Dresden, gestorben.

auf dessen Diskutierung die Regierungshälfte besondere Wert legen.

Nach einem Londoner Telegramm wird der amerikanische Physiker E. Faragor im September von der Küste von Madag zu einer Nordpolexpedition im Flugzeug aufgefahren. Angenommen hält er sich in San Francisco auf, um sein Flugzeug nach Alaska herzurüsten, von wo er auf dem längeren Wege nach Spitzbergen aufbrechen wird, und zwar will er dabei den Pol oder wenigstens einen dem Pol möglichst benachbarten Punkt überqueren. Er wird dabei 1800 englische Meilen zurückzulegen haben.

Eine amerikanische Nordpolexpedition, die „Mac Millan Bassin Fund Expedition“, hat förmlich die Vereinigten Staaten von Amerika verlassen. Ihr Ziel ist die Endreise des magnetischen Nordpols, wenn möglich sogar die Aufsuchung einer neben der Schwerkraft bestehenden Verbindung zwischen Erde, Planeten und Sonne. Die wissenschaftliche Ausführung der Expedition oblag dem Carnegie-Institut von Washington, Abteilung für Erdmagnetismus, mit Unterstützung der amerikanischen und kanadischen Regierung und verschiedener Universitäten. Die Beobachtungen, die in der Nähe des magnetischen Nordpols acht oder zehn Monate lang fortwährend durchgeführt werden sollen, werden sich nicht nur auf Erdmagnetismus, sondern auch auf die elektrischen und meteorologischen Verhältnisse der Atmosphäre und das Polarlicht erstrecken. Unter günstigen Bedingungen steht auch der Versuch eines Schleppvorstoßes nach dem magnetischen Nordpol, der nahe der Westküste von Alaska geführt wird, und eine systematische, magnetische Aufnahme der umliegenden Gegend auf dem Programm.

† Aus Kopenhagen wird gemeldet: Der theologische Professor der Theologie an der Universität in Lund Olof Holmström ist im Alter von 67 Jahren gestorben. Prof. Holmström hat eine Reihe theologischer Schriften herausgegeben,

die einen ausgesprochen konservativen Charakter vertreten, und in denen er die in letzter Zeit häufig vorgekommenen Angriffe auf das orthodoxe Dogma systematisch zurückweist. Viele seiner Werke sind ins Deutsche übersetzt worden.

Literatur. Dante, unter dessen Beichen das Jubiläumsjahr 1921 steht, gehört zu den größten Dichtern der Weltliteratur; aber während andere ausländische Helden der Poesie, wie Homer und Shakespeare, in unserem Schulunterricht seit langem berücksichtigt werden, ist der große Florentiner auf unseren Schulen wohl kaum bisher gelesen worden. Dabei hat sich kein anderes Land außer Italien so viel mit Dante beschäftigt wie Deutschland. Um diese wundbare Lücke aufzuholen, gibt nunmehr Dr. Adam Gottlob im Verlag des Niedersächsischen Buchhandlung zu Münster Dantes ausgewählte Werke „für Volk und Schule“ heraus. Mit Recht hat er nicht nur die „Göttliche Komödie“ berücksichtigt, sondern bietet zum erstenmal eine vollständige Auswahl, die auch die andern Werke des Dichters in Proben und Übersetzen zugänglich macht. Das hat angeordnete handliche Buch, das auch in den Erläuterungen zwischen einem Birol und Juvenal die rechte Wette hält, gibt zum Schlus in „Anmerkungen zum Nachdenken“ eine Anzahl von Themen an, die bei Aufführung oder bei Besprechungen der Dantischen Dichtung zum Gegenstand gewählt werden können.

† In Lugano ist der älteste unter den russischen Romanforschstellern Peter Dmitrievitsch Bobrovsky gestorben. Er wurde 1836 geboren, studierte Naturwissenschaft und begann sehr früh als Schriftsteller zu betätigen. Die Zahl seiner Romane ist außerordentlich groß. Er war kein sehr tiefer Beobachter der Menschenseele, besaß aber in ganz hervorragendem Maße das Talent, neuauflaufende geistige und gesellschaftliche Strömungen zu bemerken und zu beschreiben. Für die Kenntnis der inneren Wandlungen des Lebens der verschiedenen Schichten des russischen Volkes, namentlich des seit der Bauernbefreiung

immer mehr verschwundenen Adels und des Kaufmannsstandes, bildete seine Werke eine ergiebige Quelle.

Musik. Das Leipziger Konservatorium für Musik eröffnet am 1. Oktober sein neu begründetes, und nach dem Muster der Berliner Hochschule geschaffenes Institut für Kirchenmusik zur Ausbildung von Organisten und Kantoren für den praktischen Beruf als Kirchenmusiker. Der durch Professoren der Kunst, wie Straube, Krebs, Paul, Schering u. a., erzielte Unterricht umfaßt Orgelspiel, Theorie, Liturgie, Geschichte der Kirchenmusik, Orgelbaukunde, Stimmbildung, Musik u. a.

— Aus Berlin wird berichtet: Heute findet im Wallner-Theater die Uraufführung der Oskar Straus'schen Operette „Ritter“ unter der Leitung des Komponisten statt.

— Am 24. und 25. September findet in Rudolstadt und auf Schloss Heidecksburg ein Musikfest statt, das durch seinen Charakter und durch den künstlerischen Auf die Wirkung einen großer Anziehungskraft auch auf die Musikfreunde im Reiche ausüben dürfte. Der erste Festtag, Sonnabend, den 24. September, bringt nachmittags 4 Uhr ein „Kammerkonzert am Rudolstädter Hof“ im 18. Jahrhundert“ in dem großen Saale der Heidecksburg, der bekanntlich zu den schönsten Rokokoälen Deutschlands gehört, und abends 14 Uhr ein Chorkonzert des berühmten Madrigalchores von der Akademie der Künste aus Berlin (Leitung: Prof. Carl Thiel) „Deutsche Hausmusik aus vier Jahrhunderten“. Am zweiten Festtag, Sonntag den 25. September, singt der Madrigalchor aus Berlin morgens 11 Uhr eine Musikkonzert der Wittenberger Wogenabend: „Das Thüringer Madrigalgelehrte der Dinge“, und nachmittags findet eine Hauptsinfonie des Oratoriums „Saul“ von Händel durch die Städtische Singakademie (Leitung: Musikdirektor C. Wollong) statt. Als Solisten sind u. a. verpflichtet: Otto Rader-Lippitz (Sopran), Agnes Leydig-Berlin (Alto), Valentin Ludwig (Tenor), Dr. D. J. Moser-Holle (Bass).

Prof. Dr. M. Seiffert-Berlin (Cembalo), Universitätsmusikdirektor Böllmann-Jena (Orgel), ferner das Ritter-Schultheiss-Konservatorium und Mitglieder der Staatstheaterkapelle Rudolstadt und Mitglieder der Staatstheaterkapelle Weimar.

Wie aus Kopenhagen gemeldet wird, hat die norwegische Zeitung „Idens Tegn“ mit dem Berliner Jurist C. Lorenz A.-G. einen Bertrag über Führung von Musik durch drahtlose Telegraphie abgeschlossen. Auf dem Dach des norwegischen Verlagshauses wird eine drahtlose Empfangsanlage eingerichtet, deren Leistungen zu der Spezialisierung des Hauses gehören, wo ein Auditorium für das Publikum eingerichtet werden wird.

Theater und Film. Im Salzburg beginnen am Montag die Aufführungen von Hoffmannsches Museum „Jedermann“ trotz regnerischen Wetters auf dem Domplatz. Wie im Vorjahr über die Reinhardtsche Inszenierungskunst und die unberührte Darstellung von Wolff, Werner Krauss, Hedwig Bleibtreu, Helene Thimig und Johanna Termer größte Wirkung. Insbesondere Krauss als Tod und Wolff als Jedermann erschütterten mit ihrer Stimmgewalt. Leider erwiderten zum Schlus in diesem Jahre nicht wieder die Gläser.

* Das Städtische Kunstmuseum, Klosterstraße 34, ist wegen der Hauptreinigung vom 19. August bis mit 16. September geschlossen.

† Nach langem Leiden ist am vergangenen Sonntag hier der Rechtler Prof. Jean Paue, ein früherer langjähriger Rechtler für archäologische Details, Kunstmuseum und Entwerfen an der Städtischen Akademie für Kunstgewerbe zu Dresden, gestorben.

Die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten von Amerika.

Paris, 17. August. "Chicago Tribune" teilt aus Washington mit, daß nach Angabe des Arbeitssekretärs die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten von Amerika gegenwärtig 5 735 000 beträgt.

Örtliche Angelegenheiten.

Dresden, 18. August.

* Das Preseamt des Polizei-Präsidiums Dresden lädt und mit: Die in der Bekanntmachung vom 16. Juli 1921 angegebene Geschäftsstätte von vormittags 8 Uhr bis nachmittags 2 Uhr für die in dem 29. Sicherheitspolizeibezirk befindliche Einwohnermeldestelle — die Stadtteilsteuer, Dobitz und Kleinschachwitz umfassend — wird anderweit von heute ab auf die Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr festgesetzt. Für die Abgabe der Fremdenmeldezettel ist die betreffende Sicherheitspolizeibezirkstheke ununterbrochen geöffnet.

* Beschädigungen der Elbdämme und Brückenpfeiler sind in der letzten Zeit dadurch erfolgt, daß an trocken liegenden Degen und an den Vorlogern der Elbdämme und Brückenpfeiler unbedingtweise Steine herausgerissen und in das Fahrwasser geworfen, teils auch zu großen Haufen zusammengetragen werden, die der Schifffahrt gefährlich werden können. Dieses ungünstige Treiben und Gedränge wird vom Elbstromamte Pirna ausdrücklich verboten. Zu widerhandlungen werden, soweit nicht nach bestehenden Gesetzen oder Verordnungen höhere Strafen angedroht sind, mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft werden.

* Die Arbeitnehmer werden erneut darauf hingewiesen, daß die alsbaldige Vorlegung der Steuerkarten bei der zuständigen Steuerbehörde der Gemeinde oder der zuständigen Ortssteuerkasse zur Einnahme der auf die Einkommenssteuer für das Rechnungsjahr 1920 angrechnenden Steuermarken das Anrechnungsverfahren wesentlich erleichtert und wegen der damit erzielten Rentenparnas in ihrem eigenen Interesse liegt.

* Die nächste Kinder-Spielsperre für schulpflichtige und vorstudipflichtige Kinder, sowie für weidende und stillende Mütter Montag, den 3. Oktober. Die Bekanntmachung über Neuamendment der vorschulischen Kinder, wetende und stillende Mütter erfolgt im September. Die Auszahlung der zur Spaltung kommenden Schulkinder wird in den Schulen gezeigt nach noch bekanntzugebenden Richtlinien.

* Zum Besten der Unterstützungs-lasse des Männerbundes der Martin-Luther-Gemeinde bringen Dienstag, den 23. August, abends 8 Uhr, im großen Saal des "Waldschlößchen" Mitglieder des Jungmännervereins und der Gemeinde zur Aufstellung: "Der Prinzenraub" von Arthur Dobitz und "Das Klinghänself" von Franziska Nagler. Eintritt 2 M. Karten in der Kirchenkasse und an der Abendkasse. Die nächste Versammlung des Bundes findet am 2. September statt. Dr. Staatsminister a. D. Schroeder spricht über "Die neue Kirchengemeindeordnung".

* Aufschluß an die Leipziger Hochschule findet in Dresden vom 9. bis 13. September d. J. die Kleinmöbel-, Nord- und Kunstmöbelmesse statt. Es ist dadurch besonders den Besuchern der Messe Gelegenheit geboten, Dresden mit seinen Schauswürdigkeiten zu besuchen und gleichzeitig die auf jeden Fall sehr interessant werdende Schau zu besichtigen, zu der schon eine Anzahl namhafter Firmen vorgemeldet sind. Die Vorbereitung für die Ausstellung sind zum Teil schon beendet und zum andern Teil in vollem Gange. Auskünfte wegen Ausstellung ertheilt die Ausstellungsbüro in Dresden-A., Rathausstraße 14, die ebenfalls Anmeldungen von Einläufern erbetet und die Wohnungsermittlung erledigt.

* Am nächsten Mittwoch, den 24. August, findet in dem herrlichen Lindenpark des Lindenhof-Bades ein großes Konzert von vier Kapellen mit über 100 Künstlern statt. Die einzelnen Teile der vorzüglich zusammengefügten Spielfolge leiten Musikdirektor Kaufmann, Obermusikmeister Weber, Musikdirektor Schönberg. Das Konzert findet unter der lärmlosen Mitwirkung des Solokompetenten an der Stadtkaserne, Herrn Burkhardt, statt. Illumination des ganzen Parades und ein prächtiges Feuerwerk verleihen der Veranstaltung einen besonderen Reiz.

* Rächsten Sonntag, am 21. August, vormittags 8 Uhr, findet im Heidepark des Vereins Volkswelt (Strohbaumhaltestelle Saloppe) bei günstiger Witterung wiederum ein Waldfestgottesdienst statt. Die Predigt hält Dr. P. Bickelhaupt von der Martin-Luther-Kirche.

* Der Verbands-Vorstandsschluß unter Leitung von Pastor Adolf Müller beobachtigt am Sonnabend, den 20. August, abends 1/2 Uhr, eine Abendmusik auf der Brühlschen Terrasse zu veranstalten.

* Im Nordprozeß Fischer verurteilte das Schwurgericht gestern nachmittag den Angeklagten Fischer wegen Mordes zum Tode, wegen versuchten Mordes und Raubes zu zehn Jahren Zuchthaus und dauerndem Ehrenstrafverlust. Der im Gefängnis wohnhafte Sohn Fischer hatte am 28. Mai d. J. in der Wohnung des Juweliers Hager dessen Tochter überfallen, gewürgt und ihr mit einem Rosiermessert den Hals durchschnitten. Wo

Hager zurücklebte, suchte er diesen ebenfalls zu töten. Als ihm dies nicht gelang, sprang er auf die Straße und wurde hier von dem ihm entgegentretenden Böckner Neumann festgenommen.

* Geföhren wurden aus einem Keller der Kreisstadt mittels Einbruch etwa 40 Flaschen verschiedene Weine der Marken "Bierensteiner 1917", "Bodenberg 1917", "Bierensteiner Schnitt 1917", "Laubenhainer Berg" und "Grude Chorties" sowie eine Anzahl Gläser mit eingemachten Kirchen-, Stachel- und Johanniskräutern. Die Kriminalpolizei bittet hierzu um sachdienliche Mitteilungen.

Sächsische Angelegenheiten.

* Der Sächsische Gemeindetag wird am 7. und 8. Oktober in Chemnitz (Eintracht) eine allgemeine Mitgliederversammlung abhalten, die sich u. a. mit dem Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksverwaltung sowie mit der finanziellen Lage der Gemeinden beschäftigen soll. (Vgl. die Einladung im Anzeigenteile.) *

* Leipzig. Der Rat der Stadt Leipzig hat dem Abschluß von Verträgen über die Errichtung staatlicher Kraftwagenlinien zwischen Leipzig-Mölkau-Eggendorf und Leipzig-Potsdamer-Liebertwolkwitz-Wölkönitz mit dem Staat und den beteiligten Gemeinden zugestimmt.

* Chemnitz. Der Gemeinderat von Zöblitz hat die Einführung einer Gewerbesteuer mit Rücksicht auf die Erreichung für Lebensmittel durch die Stadt für 500 000 M. Lebensmittel gestaut und im Winter an die Minderbemittelten ausgetragen werden sollen. In Frage kommen Reis, Getreide, Fisch und Hase.

* Meißen, 17. August. Wegen Mordes wurde gehalten der in der Elbstraße wohnhafte Arbeiter Schwarz festgenommen. Er hatte sich freiwillig der Kriminalpolizei gestellt und gab an, seine Ehefrau erwartet zu haben, weil er von ihrer Untreue beschuldigt wurde. Das Ehepaar Schwarz lebte seit langer Zeit in unglücklicher Ehe. Am 4. d. M. hatte Schwarz auf seiner Arbeitsstelle durch einen Unglücksfall eine Gehirnerschütterung erlitten. Ob die Folgen dieses Unfalls mit der Mordtat zusammenhängen, muß die Untersuchung ergeben.

* Annaberg (Bezirk Zwönitz), 18. August. Der am Sonnabend nachmittag in Greiz eintreffende Zug geriet in Gefahr, kurz vor Auhofthal zu entgleisen. Spielende Kinder hatten die Gleise mit Steinen belegt. Der Zug hielt kurz vor dem Hindernis.

* Berlin, 18. August. Blättermeldungen zufolge hat man in der Gegend von Spandau und Oranienburg zahlreiche Cholerafälle festgestellt. Die Cholera greift angeblich mit jedem Tage weiter um sich.

* Sonnenberg i. Th. (Sach.-Rein.), 18. August. Ähnlich Landgemeinden des Kreises Sonnenberg beschlossen die Zahlungseinstellung, weil sie über keine Zahlungsmittel mehr verfügen.

* Salzburg, 18. August. Die drei Berliner Touristen Otto Helling, Hans Barth und Dr. Hans Willand sowie Hilf. Anna Schmidt aus Worms sind bei einer Tour in einen großen Schneesturm geraten und verunglückt. Die Bergung

ist noch nicht möglich.

* Dresden. Der Stadtrat in Döbeln hat gegen die vom Bezirkserwerb geplante Einführung einer Bezirksergußsteuer Widerspruch erhoben.

* Reichenbach im Vogtland, 18. August. Der Sächsische Gemeindetag hält:

am 7. und 8. Oktober 1921
im Saale des Gesellschaftshauses "Eintracht" in Chemnitz

eine allgemeine Mitgliederversammlung mit der nachstehenden Tagesordnung ab:

Wir laden zu dieser Versammlung hiermit ein.

Zur Teilnahme an der Tagung sind nach § 6 der Satzung außer den Vorstands- und Ehrenmitgliedern des Sächsischen Gemeindetages diejenigen berechtigt, die einem Rat-, oder Stadtrat, oder dem Vorstand eines der Mitgliedschaften einer der Mitgliedschaften gehörenden Gemeinde oder dem Vorstand eines der Mitgliedschaften gehörenden Verbandes angehören und von ihnen zur Teilnahme abgesondert sind.

Die Zahl der von einer Gemeinde abzurunden den Vertreter bestimmt sich nach der durch die letzte Volkszählung festgestellten Einwohnerzahl.

Es werden deshalb zugleich mit den Einladungen den die Mitgliedschaft des Sächsischen Gemeindetages besitzenden Gemeinden in der dem § 6 der Satzung entsprechenden Anzahl Karten überwandt, die wir mit dem Namen der abzurunden den Herren aufzuführen und ihnen sodann auszuhändigen bitten.

Nur die Kartennhaber sind zur Teilnahme an der Tagung berechtigt.

Für jeden Teilnehmer an der Versammlung ist nach § 6 Absatz 6 der Satzung ein Betrag von 3 M. an die Kasse des Sächsischen Gemeindetages zu zahlen.

Dresden, den 18. August 1921. 4236

Oberbürgermeister Blüher, Dr. Kaufmann, Vorsteher des Vorstandes. Geschäftsführer.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbücher.
2. Sozialänderung.
3. Entwurf eines Gesetzes für die Gemeindeordnung und Bezirksvorwaltung im Freistaat Sachsen (Entwurf vorbehalten).
4. Die finanzielle Lage der Gemeinden.
5. Neuwahl des Vorstandes.

Beamtenanwärter für Polizei- und Meldeamt gesucht

Geleute von Bewerbern im Alter von 18—21 Jahren bis 28. August erbeten. Bevorzugung nach Gruppe V der S.O. für Diätarier, Ortsstelle D. Gemeinderat Oppach. 4230

Invalide

Verein zur Hebung der wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden

Dresden, König-Johannstraße 8.

Gedruckt von der Geschäftsstelle der Sächsischen Staatszeitung. Nr. Zweig-Nr. 16. — Druck von B. G. Leubke. — Preis je eine Seite.

Burzen. Auf den ehemaligen Militärlieghäusern in Blankenwade bei Burzen hat die Stadtgemeinde Burzen eine Walderholungsstätte zur Bekämpfung der Tuberkulose errichtet, die am Sonntag eingeweiht und der Benutzung übergeben worden ist. Zurzeit ist die Erholungsstätte für 50 Personen eingerichtet.

* Kamenz. Die Stadtverwaltung in Kamenz gibt an dortige Familien 60 Pf. zu verbilligen Preisen ab, und zwar erhalten vorläufig Handhaltungen bis zu drei Röpfen 5 Pf. und Handhaltungen mit mehr als drei Röpfen 10 Pf. Apfel.

* Die Stadtverordneten in Kamenz haben einen weiteren Betrag von 1 Mill. M. bewilligt zur Herstellung von Wohnungen unter der Bedingung, daß die Stadtverordneten von Fall zu Fall bei Verwendung der Mittel geholt werden.

* Zittau. Der Rat der Stadt Zittau hat beschlossen, eine neue Vergnügungssteuerordnung auf der Grundlage der vom Reich erlassenen Vorschriften einzuführen.

* Pirna. Die Stadtverordneten in Pirna haben einer Rathausvorlage zugesagt, wonach mit Rücksicht auf die Preissteigerung für Lebensmittel durch die Stadt für 500 000 M. Lebensmittel gestaut und im Winter an die Minderbemittelten ausgetragen werden sollen. In Frage kommen Reis, Getreide und Hase.

* Theater, Konzerte, Vorträge.

* Mitteilung der Sächsischen Staats-

theater. Opernhaus. Sonntag, den 21. August

beginnt die neue Spielzeit mit der Aufführung von Mozarts "Zauberflöte" (in der neuen Ausführung und Inszenierung). Besetzung: Soprano — Georg Zottmayr, Tomino — Richard Tauber, Sprecher — Robert Burg, Königin der Nacht — Siegel v. Schub, Yamina — Elisabeth Rethberg, Papageno — Waldemar Stagennam, Monostatos — Hans Lange, Papagen — Otto Westerholt, Ritsch. Musikkapelle Leitung: Hermann Ruppach. Spielleitung: Georg Hartmann. Anfang 7 Uhr.

* Die Leichen konnten bisher noch nicht vorgenommen werden. Ein anderer reichsdeutscher Tourist ist bei einer anderen Tote abgestürzt und schwer verletzt geblieben.

Dr. G.

Bücherbesprechungen.

* Jahrbuch der Entscheidungen. Von Reichsgerichtsrat Dr. Warneyer. 19. Jahrgang Leipzig 1921. Reichsgerichtliche Buchhandlung. Preis 26 M. — Warneyers Jahrbuch der Entscheidungen hat seinen Platz auf dem Arbeitsstisch des Justiz- und Rechtsberufes erobert. Die präzise genaue Ausführung der im Berichtsjahr erschienenen Bücher- und Zeitschriftenliteratur und die sorgfältige ausgewogene Weisung der ergangenen Entscheidungen machen es zu einem unentbehrlichen Hilfsmittel des Praxis. Der 19. Jahrgang enthält Schrift- und Rechtsprechung vom Herbst 1919 bis zum Herbst 1920. Zum ersten Male wird in diesem Jahrgang Bericht über den Friedensvertrag und die neue Reichsverfassung erstattet; die Sammlung dieser bisher nur schwer zu sichtenden Materials macht den Hand des Rechtsberufes zweckvoll.

Dr. G.

Berlin, 18. August.	Deutschland.
Telegraphische Nachrichten ab	18. 8. 18. 8. 17. 8. 17. 8.
100 Golden	18. 8. 18. 8. 17. 8. 17. 8.
100 Kronen	2500,40 2507,63 2717,25 2722,71
100 Groschen	1360,60 1361,49 1430,55 1441,45
100 Krone	1778,70 1779,70 1872,10 1876,97
100 Groschen	1068,90 1061,10 1128,80 1131,15
100 Pf. 1/2	123,60 123,60 129,60 129,60
100 Groschen	1418,05 1418,05 1453,50 1466,53
100 Groschen ab	— — — —
100 Groschen abg. abg.	9,66 9,66 10,08 10,12
100 Groschen abg. abg.	101,45 101,45 102,60 102,60
100 Groschen abg. abg.	22,07 22,13 22,57 22,63
100 Groschen abg. abg.	1060,60 1068,60 1106,65 1111,15
100 Groschen abg. abg.	634,25 634,25 655,30 656,70
100 Groschen abg. abg.	350,60 360,45 360,60 370,41
100 Groschen abg. abg.	304,15 314,65 318,60 317,35
100 Groschen abg. abg.	63,71 63,59 64,41 64,59
100 Groschen abg. abg.	647,36 646,66 670,60 672,61
100 Groschen abg. abg.	— — — —

Der Nachdruck aus dem Inhalt des Sächsischen Staatszeitung ist erlaubt. Für den Nachdruck der Originalausgabe ist Quellenangabe bedingung.

Für den Angeklagten verantwortlich:
Verwaltungsdirektor Rechnungsrat Möller
in Dresden.

Sanitätsrat Dr. Salzburg.

Hals-, Nasen-, Ohrenarzt,
Ferdinandstrasse 19 pt. 4231

Von der Reise zurück.

Wasserstände der Elbe und Moldau.

Erweiterungsanzeige verleiht. Erweiterungsanzeige verleiht. Erweiterungsanzeige verleiht.

17. Aug. — 16 — 32 — 49 + 29 fehlt — 8 — 196

18. Aug. — 20 — 36 — 44 + 31 + 59 — 31 — 161

Wärme der Elbe 18 Grad C.

Tageskalender.

Amtlicher Teil.

Glied der Stellvertretung des vom 20. August bis mit 17. September 1921 beauftragten Regierungskreisraths zu Kuhn in Höhe 15 Regierungsratssekretär Dr. Schwabe im Marienberg beauftragt worden. 821 VII 4234 Chemnitz, 15. Aug. 1921. Die Kreishauptmannschaft.

Die Lieferung von 4400 qm Leinenplattensteinen und 550 m Bordthane für die Leinwandfabrik Wurzen soll vergeben werden. — Lieferzeit 4 Wochen. — Preise sind — soweit der Vorstand ist reicht — im unterzeichneten Amt, wo näheres Auskunft erteilt wird, gegen eine Gebühr von 150 M. zu entrichten, die bei rechtzeitiger Einreichung des ausgefüllten Angebots zurückzugesetzt wird. Ausgeführt Preise sind vertraglich mit der Aussicht: „Angebot am Pfastersteine“ bis 29. 8. 21 vorm. 10 Uhr postfrei an das Eisenbahnamtsamt Wurzen, Rosinenstraße 2, einzufinden, wo zur selben Zeit die Eröffnung erfolgt. Zu jährlich 4 Wochen. Auszahlung unter den Bewerbern, sowie Ablehnung sämtlicher Angebote bleibt vorbehalten. Angebote, auf die bis 24. 9. 21 ein Beileg erfolgt ist, sind abgelehnt. 4212

Eisenbahn-Nebenamt Wurzen.

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 16418, bet. die Firma R. Feister, Aktiengesellschaft in Dresden, Zweigniederlassung der in Berlin unter der gleichen Firma bestehenden Aktiengesellschaft: Der Gesellschaftsvertrag vom 13. Mai 1906 ist in den §§ 13, 14, 16, 18, 20, 24 und 33 durch Beschluss der Generalversammlung vom 4. Juni 1921 laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden;

2. auf Blatt 16608: Die offene Handelsgesellschaft Dresdner Tafelwaren-Großhandels-Gesellschaft A. Hinkel & Sohn mit dem Sitz in Dresden, Gesellschafter sind der Mitinhaber a. D. Max Otto Hinkel in Dresden und der Kaufmann Ernst Emil Vogt in Teublitz. Die Gesellschaft hat am 2. Mai 1921 begonnen. (Geschäftsbau: Garlofsstraße 6);

3. auf Blatt 15383, bet. die Firma Gotha & Amms, Hamburg, Zweigniederlassung Dresden in Dresden: Zweigniederlassung der unter der Firma Gotha & Amms in Hamburg bestehenden offenen Handelsgesellschaft: Die Procura des Kaufmanns Kurt Walther Vogt ist erloschen;

4. auf Blatt 15793, bet. die Firma Oswald Freytag in Kloster: Der Inhaber Robert Oswald Freytag ist ausgeschieden. Der Kaufmann Arthur Albert Schönherr in Dresden ist Inhaber. Die Firma lautet nunstig Oswald Freytag Nachf.;

5. auf Blatt 15110, bet. die offene Handelsgesellschaft Henry Pappritz & Co. in Dresden: Der Kaufmann Henry Pappritz ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst. Der Kaufmann Richard Zimmer führt das Handelsgeschäft und die Firma als Alleinhaber fort;

6. auf Blatt 15268, bet. die Firma Zigaretten-Großhandlung Herbert Richter in Dresden: Die Procura des Kaufmanns Kurt Martens ist erloschen. Amtsgericht Dresden, Abt. III, den 17. August 1921.

Berichtigung. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Alfred Reinhold Schröder in Frohburg alleinigen Inhaber der Firma Frohburger Pappenwerk Friedrich Schröder in Frohburg findet

am 12. September 1921, vormittags 10 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte nur Termin zur Prüfung der angemeldeten Forderungen statt.

Termin zur Verhölführung über die Verhältnisse des erkannten oder die Wahl eines anderen Bevollmächtigten sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendensfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 6. September 1921, vormittags 11 Uhr und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 6. Oktober 1921, vormittags 1/2 Uhr vor dem unterzeichneten Gerichte Termin abberauzt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas fügung ist, darf nichts an den Gemeinschaftshabern veräußern oder leihen, muß auch die Befreiung der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgesonderte Bestellung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 5. September 1921 anzeigen.

Amtsgericht Großenhain, 17. August 1921.

Im Handelsregister ist auf Blatt 252, bet. die Firma Ch. Wöhle in Seifhennersdorf heute eingetragen worden, daß dem Oberingenieur Hans Friedrich Max Erich Wöhle in Seifhennersdorf Procura erteilt worden ist. 4213

Amtsgericht Großenhain, 17. August 1921.

Im Handelsregister ist auf Blatt 252, bet. die Firma Ch. Wöhle in Seifhennersdorf heute eingetragen worden, daß dem Oberingenieur Hans Friedrich Max Erich Wöhle in Seifhennersdorf Procura erteilt worden ist. 4213

Amtsgericht Großenhain, 17. August 1921.

Im Handelsregister ist auf Blatt 252, bet. die Firma Ch. Wöhle in Seifhennersdorf heute eingetragen worden, daß dem Oberingenieur Hans Friedrich Max Erich Wöhle in Seifhennersdorf Procura erteilt worden ist. 4213

Amtsgericht Großenhain, 17. August 1921.

In das Handelsregister ist auf Blatt 402 die Firma Klingenthaler Bank Moritz Stoerner in Klingenthal und als deren Inhaber der Bankier Carl Heinrich Friedrich Hans Moritz Stoerner derselbst eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweck: Erledigung von Bankgeschäften jeder Art. Amtsgericht Klingenthal, 16. August 1921. [4233]

In das Handelsregister ist heute eingetragen worden:

1. auf Blatt 26316 die Firma Spanische Strangler José López in Leipzig (Spanischer Steinweg 46). Der Kaufmann José López in Leipzig ist Inhaber. (Anggebener Geschäftszweig: Handel mit Süßwaren und Wein);

2. auf Blatt 26317 die Firma Solomon Schröder in Leipzig (Gothisch, Angerechte Straße 19). Der Kaufmann Solomon Schröder in Leipzig ist Inhaber. Procura ist dem Kaufmann Joseph Schröder in Leipzig erteilt. (Anggebener Geschäftszweig: Juristische von Menschenhanden herstellung von Haarnecken und Handel mit getrockneten Menschenhaaren);

3. auf Blatt 3648, bet. die Firma Aug. Pisch & Co. in Leipzig: Procura ist erteilt den Kaufleuten Max Richard Nisch in Leipzig und Hans Alexander Martin Harpe in Berlin-Schöneberg;

4. auf Blatt 14663, bet. die Firma Arthur Preuss in Leipzig: Die Firma ist erloschen; 4214

5. auf Blatt 16179, bet. die Firma Seifert-Werke, Vereinigte Elektrotechnische Institute Frankfurt-Rhein-Mainenburg mit beschränkter Haftung in Leipzig: Zweigniederlassung: Die Zweigniederlassung ist aufgehoben und die Firma hier erloschen. Amtsgericht Hof, II. Bez., Leipzig, am 16. August 1921.

Auf Blatt 20315 des Handelsregisters ist heute die Firma Juch & Siegel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Vetschstr. 33) eingetragen und wieder verlängert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Hütten- und Metallwerken sowie die Verarbeitung und Ausführung kompletter Eisenkonstruktionen für Industriebauten und sogar Hochbauten. Das Stammpatent beträgt einhunderttausend Mark. Zur Versteigerung der Gesellschaft ist jeder Geschäftsführer für sich allein berechtigt. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Oberingenieur Ernst Georg Juch und der Kaufmann Richard Julius Georg Walter Siegel, beide in Leipzig. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen zur im Deutschen Reichsanzeiger. 4215

Auf Blatt 20315 des Handelsregisters ist heute die Firma Juch & Siegel, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Leipzig (Vetschstr. 33) eingetragen und wieder verlängert worden: Der Gesellschaftsvertrag ist am 8. August 1921 abgeschlossen worden. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Hütten- und Metallwerken sowie die Verarbeitung und Ausführung kompletter Eisenkonstruktionen für Industriebauten und sogar Hochbauten. Das Stammpatent beträgt einhunderttausend Mark. Zur Versteigerung der Gesellschaft ist jeder Geschäftsführer für sich allein berechtigt. Zu Geschäftsführern sind bestellt der Oberingenieur Ernst Georg Juch und der Kaufmann Richard Julius Georg Walter Siegel, beide in Leipzig. Aus dem Gesellschaftsvertrag wird noch bekanntgegeben: Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen zur im Deutschen Reichsanzeiger. 4215

Auf Blatt 20315 des Handelsregisters ist heute eingetragen worden:

1. auf dem Blatte der Firma Dresdner Bank Plauensche in Plauen Nr. 2079: Die Generalversammlung vom 30. Juni 1921 hat beschlossen, das Grundkapital zu erhöhen um neunzig Millionen Mark, verfallend in neunzigtausend Stück auf den Inhaber lautende Aktien zu je eintausend Mark, die zum Kurse von 145 % ausgeschrieben werden sollen. Diese Erhöhung des Grundkapitals ist erfolgt. Das Grundkapital beträgt nunmehr zweihundertfünfzig Millionen Mark und zerfällt in sechzigtausend Aktien zu je sechshundert Mark, einhundertfünfundsechzigtausendbundertsechzig Aktien zu je eintausendweinhundert Mark und in einhundertfünfundsechzigtausendbundacht Aktien zu je eintausend Mark. Der Gesellschaftsvertrag ist dem entsprechend in den §§ 5 und 6 durch Beschluss der Generalversammlung laut Notariatsprotokoll vom gleichen Tage abgeändert worden;

2. auf dem Blatte der Firma G. Habenstein in Plauen Nr. 818: Otto Edmund Habenstein ist im Laufe seines Lebens ausgeschieden; der Kaufmann Karl Friedrich Habenstein in Plauen ist Inhaber;

3. auf Blatt 2278: Die Firma Wohlwille für jugendloses Linoleum Malermeister Bruno Wohl & Sohn in Plauen und als deren Gesellschafter der Malermeister Ernst Bruno Wohl und der Kaufmann Hans Holzmüller, beide in Plauen; die Gesellschaft hat am 1. August 1921 begonnen. Angegebener Geschäftszweig zu 3: Die Herstellung und der Vertrieb von Materialien zur Herstellung von jugendlosem Wohlwille.

Aufsichtsamt Plauen, den 16. August 1921.

Auf Blatt 396 des hiesigen HandelsRegisters ist heute die Firma Arthur Greubig in Pulsnitz und als ihr Inhaber der Kaufmann Max Arthur Greubig derselbst eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Handel mit Kolonialwaren und Delikatessen. 4216

Amtsgericht Pulsnitz, am 12. August 1921.

Auf Blatt 397 des hiesigen HandelsRegisters ist heute die Firma Alfred Thiem in Pulsnitz und als ihr Inhaber der Kaufmann Alfred Thiem derselbst eingetragen worden. Angegebener Geschäftszweig: Herstellung und Vertrieb von Holzartikeln. 4217

Aufsichtsamt Pulsnitz, am 13. August 1921. 4217

Berichtigung. Rostkurs Emil Martin Schubert in Radeberg I. Ergeb. betr. (Nr. 191 der Sächs. Staatszeitg. vom 18. 8.) Prüfungstermin ist nicht auf den 15. September, sondern auf Dienstag, den 27. September 1921, vorm. 1/2 Uhr verändert.

Amtsgericht Oberholzenbach. 4218

Der im Grundbuche für Chemnitz Blatt 342 auf die Namen der Johanna Friederike vertraute Woldert ist, Glas in Plauen und der Aktiengesellschaft Tüllnabrik Aktie in Plauen bei Höhne eingetragenes idealen Grundstück sollen

am 7. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle (Mittwoch 6. Jänner 90) im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das ganze, an der Schreibkarte gelegene Grundstück ist nach dem Grundbuche (Nr. 609) 66,44 Are groß, wodurch 5,4 M. als Baufläche eingeschlossen sind. 4219

Die Einrichtung der Mittelungen des Grundbuchamtes sowie der übrigen betreffenden Sachverständigen ist derzeit nicht verständig und bei der Verteilung des Versteigerungsberichtes dem Antragsteller der Glaubiger und den übrigen Rechten nachgezeigt.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Beschlages die Aufhebung oder die einstweilige Einsichtnahme des Versteigerungsberichtes, sonst tritt für das Recht an die Stelle des versteigerten Gegenstandes der Versteigerungsbericht. (Za 8.21) 4220

Amtsgericht Plauen, den 16. August 1921.

Der im Grundbuche für Chemnitz Blatt 342 auf die Namen der Johanna Friederike vertraute Woldert ist, Glas in Plauen und der Aktiengesellschaft Tüllnabrik Aktie in Plauen bei Höhne eingetragenes idealen Grundstück sollen

am 7. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle (Mittwoch 6. Jänner 90) im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das ganze, an der Schreibkarte gelegene Grundstück ist nach dem Grundbuche (Nr. 609) 66,44 Are groß, wodurch 5,4 M. als Baufläche eingeschlossen sind. 4219

Die Einrichtung der Mittelungen des Grundbuchamtes sowie der übrigen betreffenden Sachverständigen ist derzeit nicht verständig und bei der Verteilung des Versteigerungsberichtes dem Antragsteller der Glaubiger und den übrigen Rechten nachgezeigt.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Beschlages die Aufhebung oder die einstweilige Einsichtnahme des Versteigerungsberichtes, sonst tritt für das Recht an die Stelle des versteigerten Gegenstandes der Versteigerungsbericht. (Za 8.21) 4220

Amtsgericht Plauen, den 16. August 1921.

Der im Grundbuche für Chemnitz Blatt 342 auf die Namen der Johanna Friederike vertraute Woldert ist, Glas in Plauen und der Aktiengesellschaft Tüllnabrik Aktie in Plauen bei Höhne eingetragenes idealen Grundstück sollen

am 7. Oktober 1921, vormittags 9 Uhr

an der Gerichtsstelle (Mittwoch 6. Jänner 90) im Wege der Zwangsversteigerung versteigert werden.

Das ganze, an der Schreibkarte gelegene Grundstück ist nach dem Grundbuche (Nr. 609) 66,44 Are groß, wodurch 5,4 M. als Baufläche eingeschlossen sind. 4219

Die Einrichtung der Mittelungen des Grundbuchamtes sowie der übrigen betreffenden Sachverständigen ist derzeit nicht verständig und bei der Verteilung des Versteigerungsberichtes dem Antragsteller der Glaubiger und den übrigen Rechten nachgezeigt.

Wer ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht hat, muß vor der Erteilung des Beschlages die Aufhebung oder die einstweilige Einsichtnahme des Versteigerungsberichtes, sonst tritt für das Recht an die Stelle des versteigerten Gegenstandes der Versteigerungsbericht. (Za 8.21) 4220

Amtsgericht Plauen, den 16. August 1921.

Berichtigung. Die auf Blatt 2471 des HandelsRegisters eingetragene Firma lautet „Säfe und Weinjägle Ritter Wöhle.“ 4221

Amtsgericht Zwickau, den 27. Juli 1921.

Der Handelsregister ist am 12. August 1921 eingetragen worden: a) auf Blatt 2473 die Firma Linolgewebe mit beschränkter Haftung in Zwickau. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. August 1921 abgeschlossen und durch Beschluss der Gesellschafter verjährt. 4222

Der Gesellschaftsvertrag vom 10. August 1921 abgängt.

Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung von chemisch-technischen Erzeugnissen, insbesondere Leinölpräparaten, Mineralölen, Öl- und Fettsäuren und ähnlichen Waren und der Handel mit diesen. Das Stammpatent beträgt 30 000 Mark. Zum Geschäftsführer ist der Kaufmann Rudolf Zente jun. in Zwickau bestellt worden;

ferner am 13. August 1921: b) auf Blatt 388, die Firma Schleier & Söhne in Zwickau best.: Der Oberleutnant a. D. Karl Armin von Schwanenflug in Zwickau ist in die Gesellschaft eingetreten;

c) auf Blatt 2274, die Firma Grönwald & Rott, Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Zwickau best.: Der Holzhändler Friedrich Georg Wilhelm Bimler in Erlangen ist als Geschäftsführer ausgeschieden.

Amtsgericht Zwickau, den 13. August 1921.

Berichtigung. Die auf Blatt 2471 des HandelsRegisters eingetragene Firma lautet „Säfe und Weinjägle Ritter Wöhle.“ 4221

Amtsgericht Zwickau, den 15. August 1921.

Auf Blatt 88 (459) des hiesigen HandelsRegisters, die Firma Ernst Polter in Meinersdorf best., ist heute eingetragen worden: Als persönlich bestehender Gesellschafter ist eingetreten: Alois Camilla leb. Polter in Meinersdorf i. Ergeb. Die Gesellschaft ist am 1. Januar 1921 errichtet worden.

Die im Betriebe des Gesellschafts begründeten Verbindlichkeiten und Verbindlichkeiten sind auf die Gesellschaft übergegangen. Procura ist erteilt dem Rat

Kid Alexander Neubert in Meinersdorf i. Ergeb.

Amtsgericht Zwickau, 17. August 1921. 4223

Bekanntmachung.

Sport.**Allgemeines.**

Sport für Blinde. Die Zahl der Kriegsblinden ist in allen Ländern, die an dem Kriege beteiligt waren, bedeutend, und die Unglücklichen müssen sich nun, so gut es geht, in das Leben unter den neuen Bedingungen hineinfinden. Das ist aber durchaus nicht völlig auf den Rücken und die Freuden des Sports verzichten müssen, beweist eine Schätzung des Blindensports, die ein Kriegsblinder in der "Daily News" veröffentlicht. Der Blinde, schreibt er, ist natürlich in vieler Hinsicht gehindert, und manche Sports, wie Tennis, Golf, Reiten, werden außerhalb seines Bereiches liegen, aber es bleibt ihm noch viele andere Sports. Besonders im Wassersport kann er so leichtes leisten, dass er seine sehnenden Gesüchte übertrifft. Stullen und Rüberradier sind ihm ebenso leicht wie in den Tagen, da er noch das Augenlicht besaß, und Schwimmen steht ihm jetzt sogar noch ein großes Vergnügen, denn der Blinde fühlt sich bei keiner Tätigkeit so frei und sicher, als wenn er im Fluss oder im Meer schwimmt. Man hat mich oft gefragt, ob ein Blinder schwimmen kann, und war unglaublich, als ich dies entschieden bejahte. Es gibt aber keinen Grund, aus dem ein Blinder nicht schwimmen sollte. Die einzige Schwierigkeit besteht darin, wie er sich im Wasser ausrichtet, aber Geduld und ihm ihre zweite Hürde, und aus dem Flüstern der Bäume, aus dem Schreien der Wellen am Strand erfasst er die Richtung der Welle. Natürlich wird er es keinem Gelehrten erlauben zu schwimmen. Beim Radfahren sind die Fähigkeiten des Blinden durch die Preise erwiesen, die sie vielfach bei Regatten in den letzten zwei oder drei Jahren errungen haben. Steht ein Fahrrader am Steuer, so vollbringen die blinden Radfahrer bessere Leistungen als der normale Mensch, denn die größere Konzentration und die geringere Reaktion helfen ihm, da er ja durch die Umgebung in nichts abgelenkt wird. Neben dem Radfahren ist das Radfahren unter den Kriegsblinden immer beliebt geworden. Laufen ist natürlich die sicherste Methode, wobei der Schuhende den Vorderrad annimmt, aber viele von uns haben auch allein auf dem Rad große Erfolge erzielt, wobei sie nur den Ellenbogen eines fahrenden Gesüchtes berührten. Laufen ist leicht, besonders für Blinde, die früher schon waren. Auf einem probierten Pferd macht ihm ein Galopp keine Schwierigkeiten, aber die Jagd auf Pferderennen ist ihm natürlich verboten. Wohl gibt es aber Blinde, die mit Freuden jagen. In allerletzter Zeit haben Blinde auch mit Erfolg eine gewagte Form des Fußballs ausgeführt, und Neuen und Springen ist bei ihnen beliebt. Ein Blinder legte täglich im Wettkampf 100 Yards in 11 $\frac{1}{2}$ Minuten zurück, wobei er durch eine leichte Verzögerung sich über die Richtung orientierte.

Deutsche Armee-Meisterschaften.

Die in den letzten Jahren mit gutem Erfolge durchgeführten Meisterschaften des Heeres und der Marine finden in der Zeit vom 24. bis 28. August ihre Wiederholung. Am 24. August beginnen die Rennen mit Schießen, Handgranatenwurf und einer Treffsprüfung, dem sich am 25. August ein Geländekampf und Geschützschießen anschließen. Am 26. August finden Jagdwettbewerbe und Heeres-Jagdrennen in Bonn statt und gleichzeitig nehmen im Deutschen Stadien die großen Veranstaltungen in der Leichtathletik, Schwimmen, Turnen usw. ihren Anfang, die am Sonnabend und Sonntag zu Ende geführt werden. Am Sonnabend erfolgt von Lörrach aus der Abmarsch zum Gewöpdmarsch. Neun Kompanien treten in Abständen von zehn Minuten feldmarschmäßig den Weg zum Stadion an. Der Sonntag bringt den Höhepunkt der Meisterschaften. Es fallen hier die meisten Entscheidungen in der Leichtathletik und im Schwimmen, außerdem in Start und Ankunft einer Radfahrer-Patrouille "Rund um den Wannsee" und eines 30-km-Eingleismarsches.

Fußball.**Erfolgreiche Herrenteiter.**

Dr. v. Pelzer holt immer noch mit 21 Siegen die Spur. Etwa näher gerückt ist ihm aber der jugendliche Altmester des Jahres 1906, Major v. Keller, der es auf 15 Erfolge gebracht hat. Einen Punkt zurück folgt Lt. Wennmoh, der zurzeit die offiziellen Bohnen befreit. Rittmeister Fr. v. Berchem folgt mit 13 Siegen vor dem in Riem im Preis vom Reichsfeld mit "Gernewitz" schwer gestürzten Fr. v. Schmid-Rogiss, der den Süden beherrschte, wie der Hypo-Schladitz auf den westlichen Bahnen des Reichsfelds. Fr. v. der Hollenberg und Rüttelk. Brauns folgen dann mit je 7 Siegen. In der langen Liste der siegreichen Herrenteiter fallen neben vielen, alten lieben Namen auch manche Neuerhebungen, z. B. Fr. Beck (4), Lt. v. Lenzen (3), Fr. v. der Recke, Lt. Hermann (6), Fr. Schlattus (2) auf, die davon Zeugnis ablegen, dass auch die Jugend noch den schönen westlichen Erfolgen, nämlich denen auf dem gelben Rosen, in Nachahmung der großen Vorbilder freie.

Rubiers Rennlaufbahn beendet.

Fr. v. Oppenheim Rubier, der am Mittwoch gegen Dillan im Preis von Köln antrat, darf, hat in seinem letzten Galopp so wenig befriedigt, dass sein Besitzer ihn, wie gemeldet, aus dem Training genommen und in allen noch bestehenden Engagements gestrichen hat. Der jetzt vierjährige, von Dok. Ronald aus der Danubia, der Mutter von Danilo, Dolomiti und Gherdo, gezogene Hengst war gleich seinem Brüder ein ausgewähltes Rennpferd. Er triumphierte als Zweijähriger im Frankfurter Oktoberpreis, im Oppenheim-Rennen und im Preis des Winterfavoriten und galt als heißer Favorit für das Deutsche Derby. Diesjährig konnte er im Großen Preis von Homburg und in der Union seinen Siegeszug zunächst fortsetzen, doch erkundete ihm im Derby an dem Gladwy Herold ein Begründer. Auch im St. Leger hatte er sich mit dem zweiten Platz hinter dem gleichen Vogart zu begnügen. Als Vierjähriger siegte Rubier zunächst wiederum im Großen Preis von Hamburg, musste aber dann eine Zeitlang Ruhe erhalten. Er kam im Juli noch zweimal heraus, befehlt im Großen Preis

von Berlin den dritten Platz hinter Lissau und Dillan und lief im Rehder-Rennen ganz hervorragend als Zweiter zu Oberndörfer vor Betschmar und Vorber. Rubier hat im ganzen nur elf Rennen bestritten und dabei mit sechs Siegen und fünf Platzierungen rund 350 000 M. gewonnen. Er ist, wie schon gemeldet, ebenso wie sein Halbbruder Dolomit, nach Ungarn verkauft worden, wo er vom nächsten Jahre an als Wallach pferd wirken soll.

Radfahren.**Die neuen Meileilungen von Weiß**

nicht anerkannt.

Bekanntlich hatte der Frankfurter Weiß am Sonntag im Großen Preis von Dresden die bisher von Bauer gehaltenen Weltmeileilungen über 90 und 100 km mit 1:10:20%, bez. 1:18:17%, auf 1:07:55%, bez. 1:15:23% verbessert. Wie wir von zuverlässiger Stelle erfahren, sind diese Bestleistungen vom Verbande nicht anerkannt worden, da das Rennen über 100 km in der 46. Runde wegen Regens abgebrochen werden musste und die neuen Leistungen also nicht in einem Lauf erzielt wurden.

Deutsche Rad- und Motorweltwoche in Nürnberg.

Vom 21. bis 28. August veranstaltet bekanntlich der Bund Deutscher Radfahrer, der Allgemeine Deutsche Automobilklub und Verbund Deutscher Stadionbahnen eine Rad- und Motorweltwoche in Nürnberg, für die nachstehende Veranstaltungen vorgesehen sind: 20. August: Empfangskommers. 21. August: Sechser-Mannschaftsspielen um die Meisterschaft von Bayern für Herrenfahrer. Die deutsche Straßenmeisterschaft für Berufsfahrer auf der Strecke Stuttgart-Nürnberg mit Endspiel auf der Rennbahn Reichelsdorfer Kell. Endliche Juventätsfahrt für Motorräder über 264 km für Fahrer mit Hilfsmotoren über 114 km. Nachmittags auf der Rennbahn Reichelsdorfer Kell: Meisterschaft von Deutschland über 1 Kilometer für Berufsfahrer. Meisterschaft des BDA über 1 und 25 km. 22. August: Besichtigung der Stadt. Abends Kommers mit Preisverteilung für die Veranstaltungen des Sonntags. 23. August: Sternfahrt des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs für Motorwagen und Motorräder mit dem Ziel in Nürnberg. Abends: Rennfeste oder Ritterfest. Begleitung der angekommenen Automobilisten und Motorradfahrer. 24. August: Vormittags Sitzung des Sportausschusses des Allgemeinen Deutschen Automobilclubs. Nachmittags Motorrad-Meisterschaft von Deutschland des ADAC über 50 km und fünf weitere Rennen für Motorräder und Hilfsmotoren auf der Rennbahn Reichelsdorfer Kell. 25. August: Vormittags Empfang durch die Stadt; nachmittags Juventätsfahrt, Motorbootrennen und Ausstellung von Motorbooten auf dem Donaudreieck; abends Lampionkorso für Radfahrer, Preisverteilung, Gartenfest mit Feuerwerk. Geschäftsfestbewerb für Motorräder. 26. August: Vormittags Sommer-Verbandslauf des Verbandes Deutscher Rennfahrern; abends Festveranstaltung im Stadttheater und Hofbankett. 27. August: Vormittags Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Rad- und Motorsportverbände; abends großes Saal mit Radballspiel, Kunst und Abfahrsfahren. 28. August vorm. je ein Koro für Radfahrer, Motorradfahrer und Kraftwagenfahrer; Gedächtnisfeier für die gefallenen Sportkameraden; nochm.: Meisterschaft von Deutschland über 100 km für Berufsfahrer. Abschiedskommers mit Preisverteilung. 29. August: Ausflug nach Rothenburg mit Sonderzug, außerdem gemeinsame Fahrt für Rad-, Motorrad- und Kraftwagenfahrer. Drei Aufführung des Festspiels: "Der Meisterkult". Im Anschluss an die Sportwoche findet der Verbundstag des Händler-Meisterschaftsverbandes statt.

Leicht- und Schwerathletik.**Staffellauf „Luer durch Dresden“.**

Der Dresdner Turn- und Sportverein Guts-Muts erhält die Auszeichnung für diesen Lauf, der am 18. Sept. 1/2 Uhr über 10 Kilometer ausgetragen wird. Der Staffellauf wird in folgenden Gruppen gewertet: 1. Leichtathletik-Vergleichsvereine (Dresden), Dresden Sportklub, Turnverein Löbau und Guts-Muts; 2. alle übrigen dem Bau-Döbeln im BVBW angehörenden Vereine und zweiten Mannschaften der Klavereine, 3. Vereine anderer Leibesübungen treibender Verbände, 4. Schulen. Für Gruppe 1 steht der deutscher zu gewinnende Wanderpokal der Diana Magi und für Gruppe 2 der Böhme-Wanderpreis zur Verfügung. Die siegende Mannschaft jeder Gruppe erhält außerdem einen Ehrenkranz mit Schleife und Bildung, die zwei nächstfolgenden Mannschaften einen kleinen Krans mit Schleife. Diejenige Mannschaft, welche die Strecke in der längsten Zeit zurücklegt, erhält den Titel: "Sieger des Staffellaufs Luer durch Dresden 1921". Die Meldungen haben bis 8. Sept. an Albert Röber, Dresden - II, 16, Gabelsbergerstraße 16 (Berlin 22970) zu gelangen. Die Meldegebühr für jede erste Mannschaft beträgt 70 M., für jede weitere Mannschaft 45 M.; Schulen sind vom Einschreit. Meldungen ohne Meldegebühr sind ungültig.

Deutsche Meisterschaft im 50-Kilometer-Gehen.

Durch Beschluss der Wahlversammlung der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik ist, wie kurz berichtet, die Antragstellung der Deutschen Meisterschaft im 50-Kilometer-Gehen dem SC. Bayumaren, München, übertragen worden. Die D.S.B. gibt jetzt die Bestimmungen für diese Meisterschaft bekannt, die am 11. September ausgetragen wird. Das Gehen findet unter Aufsicht und nach den Bestimmungen der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik statt und ist offen nur für Deutsche. Start und Ziel befinden sich auf dem Sportplatz des SC. Bayumaren an der Sieboldschule, Sieboldstraße 2 (Büne 12). Start morgens pünktlich 8 Uhr. Die Gehstrecke führt vom Sportplatz aus die Auerfeldstraße entlang zur Bolzstraße, bis nach Rüddorf, dann rechts ab die Stadthallenstraße zur Grünewaldstraße nach Haselhorst, Rüderschmiede, Großhesselohe, Geiselgasteig nach Grünewald zum Kriegerdenkmal, links weg zur Lützelstraße bis zum Wendepunkt. Diese Strecke führt zum Sportplatz, wo noch

eine Runde zurückzulegen ist. Die Meldegebühr beträgt 10 M. für jeden Teilnehmer zusätzlich 50 M. D.S.B.-Gebühren. Die Meldungen sind bis spätestens unter Beifügung des Eintrittes an die Geschäftsstelle der Deutschen Sportbehörde für Leichtathletik, München, Reichenbachstraße 17, I., zu richten. Meldeabzug Montag, den 6. September d. J. Mit den Meldungen sind auch die Verbandsstartkarten-Rummern der Teilnehmer anzugeben. Später eintreffende Meldungen sowie Wiedermeldungen, denen der Eintritt nicht beigegeben ist, werden von den Meistern verworfen. Der Sieger erhält den Titel: "Meister von Deutschland 1921" und das Meisterschaftsabzeichen. Preise gemäß den Bestimmungen der D.S.B. §. A.

schäfer gemacht hat, dürfte es nicht ausgeschlossen sein, dass diese Webereien je nach der Entwicklung des Marktes später doch noch Aufträge zur Dezemberlieferung, vielleicht sogar zur Novemberlieferung, annehmen. Die Lage der Wollwebereien ist eine ganz ähnliche. So haben z. B. die Kleiderstoffwebereien sehr flott zu tun und auch in den meisten Fällen ihre ganze Herstellung bis einschließlich Oktober ausverkauft. Zu späteren Lieferterminen als Oktober sind aber bisher vom Wollseidenhändler nur sehr wenige Aufträge vergeben worden; der Stund hierfür wird in der Hoffnung vor einer allzu späten Auslieferung zu juchen sein. Butterstoffe in Baumwolle, Holzwolle und Wolle sind ebenfalls sehr gefragt worden, und auch hierin haben die Webereien die Herstellung auf Monate hinaus zu guten Preisen vergeben. Bei Kleider- und Butterstoffen zeigt sich in den letzten Wochen neben der sehr regen Nachfrage der inländischen Kundenschaft eine wesentliche Beliebung des Auslandsgeschäfts. Es sind vor allen Dingen Holland und die skandinavischen Staaten, sowie auch die östlichen Randstaaten, die große Aufträge gegeben haben. Auch in Eisen- und Wirtschaftsgeschäfts herzt seit einigen Wochen eine überaus rege Nachfrage. Sowohl in Strümpfen und Handschuhen als auch in anderen Artikeln sind die Hersteller bis weit in den Herbst hinein vollständig ausverkauft. Es ist ganz besonders erfreulich, dass in diesen Artikeln auch wieder große Auslandsaufträge vorliegen, unter denen Amerika ganz besonders stark vertreten ist. Die Länder, Nordir. Eichen- und Spiegelindustrie, ist auch wieder etwas besser beschäftigt. Die Nachfrage nach sämtlichen Artikeln hat sich etwas gehoben und besonders handelsfähige Artikel und auch Kleidungsstücke haben gute Auslandsanfragen gebracht. Beiderseits in der genannten Industrie noch mancherlei Möglichkeiten, die einen gewissen Werterhaltung fast zur Unmöglichkeit machen.

Sowjet-Meisterschaft und Leipzig's Hygienemesse.

Die Aussicht Deutschlands, für Russland eine großzügige Mission zu unternehmen, hat das Reichsministerium für Gewerbe und Handel veranlasst, durch seine Regierungsbefreiung in Berlin eine Geschäftsstelle auf der Leipziger Hygienemesse (28. August bis 3. September) einzurichten. Für die deutsche Industrie dürften sich daraus voraussichtlich erhebliche Aufträge für hygienische Artikel ergeben.

Berlin, 17. August. In der Aussichtsrohrlösung der Schlesischen Elektrofähr- und Gas-Akkumulatoren-Gesellschaft vom 15. d. M. wurde beschlossen, dass auf den 13. September eingetretenden außerordentlichen Hauptversammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 16 800 000 M. Stammlinie auf 33 600 000 M. vorzuschlagen, die den Aktien-Lit. B gleichzeitig sein sollen mit Dividendenberechtigung vom 1. Juli 1921 ab. Die Aussicht soll nicht unter 125 % erfolgen. Der Aussichtszeit soll ermächtigt werden, die weiteren Rivalitäten für die Durchführung des Belegschlusses, insbesondere den Zeitpunkt der Durchführung, zu bestimmen. Die Ausführung hat spätestens Ende 1921 zu erfolgen. Der Vorstand berichtet über die Geschäftslage, dass trotz der politischen Unruhen in Österreich die bisherigen Ergebnisse befriedigend seien.

Berlin, 17. August. Der Jahresabschluss der Hohenloherewerke-Altingergesellschaft zeigt einen Bruttogewinn von 13 154 614 M. im Vorjahr auf. Der Aufsichtsrat beschloss, 8 100 533 M. (gegen 6 712 214 M. im Vorjahr) für Abschreibungen zu verwenden, 500 000 M. dem geleglichen Reservefonds zuzuführen, 5 % Dividende auf die Stammlinie zu verteilen und 325 533 M. auf neue Rechnung vorzutragen.

Hamburg, 17. August. Die zweite Hamburger Textilmesse ist heute eröffnet worden. Sie wird von 500 Firmen besucht.

Mährisch-Ostrau, 17. August. Die Kreis- im böhmischen Industriegebiets hält an. Die angekündigten Betriebsereignisse auf der Sophienhütte in Mährisch-Ostrau sind nunmehr erfolgt. Bei den Willowiger Eisenwerken sind in der vorigen Woche 1860 Arbeiter entlassen worden.

Schachtwich- und Fleischbeschau im Freistaat Sachsen

für das Viehjahr vom 1. April bis 30. Juni 1921, nach den Berichten der Tierärzte und der niedergelassenen Fleischbeschauer bearbeitet vom Sachsischen Landesamt. — Vorläufiges Ergebnis.

Kreis- haupt- mann- schaft:	Monat	Zahl der Tiere, an denen die Schachtwich- u. Fleischbeschau vorgen. wurde								
		Pferde und andere Ochsen	Ein- hauer	Bullen	Kühe	Jung- rinder über 3 Monate alt	Röber	Schafe	Siegen	
Banholz	April	68	81	255	832	206	2271	3945	191	1008
	Mai	81	99	259	894	181	2864	3946	223	610
	Juni	84	112	300	823	202	3119	3377	269	325
Chemnitz	Summe	233	292	814	2549	588	8254	11268	683	1943
	April	157	358	267	1537	206	4753	8026	1854	1150
	Mai	172	443	346	1818	287	6634	9291	1565	1096
Dresden	Juni	169	513	312	1681	278	6154	8370	1788	1081
	Summe	496	1314	925	5036	770	17541	26687	5207	384
	April	211	516	818	1980	378	6623	11426	1594	1744
Leipzig	Mai	254	421	707	1912	348	8990	10856	1378	980
	Juni	224	506	514	2066	3				